

Bezugspreis:

Wochenschrift, 30 Pf. monatlich, 10 Pf. für ins Haus, vorwärts zahlbar. Postbezugspreis monatlich 10 Pf. ...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt u. Zeit' erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 21. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3

Briands auswärtige Politik.

Paris, 20. Januar. (W.Z.) In der Regierungserklärung, die heute nachmittag vom Ministerpräsidenten Briand in der Kammer und vom Minister des Innern Marraud im Senat verlesen wurde, heißt es Havas zufolge u. a.:

Die Regierung erkennt die Größe und die Schwierigkeiten ihrer Aufgabe und erklärt sich bereit, ihnen die Stirn zu bieten. Aber sie weiß, daß diese Schwierigkeiten unüberwindlich wären, wenn sie nicht das vollste Vertrauen und die engste Zusammenarbeit der beiden Kammern genießt.

wir haben noch nicht den Frieden, den wahren Frieden, den einzigen, der dauerhaft und von Bestand sein kann, den Frieden der Herzlichkeit und der Moral, der die wirtschaftlichen Rechte Frankreichs bestätigt und die Sicherheit Frankreichs befestigt wird.

Der Wiederaufbau unseres verwüsteten Bodens, unserer zerstörten Industrien und das Gleichgewicht unserer Finanzen ist nur möglich, wenn Deutschland die Reparation leistet, die der Friedensvertrag ihm auferlegt.

Deutschland ist besiegt, keine seiner Fabriken ist zerstört; seine produktiven Kräfte sind ganz geblieben, und selbst die Bewegung des Wechselkurses, wie sie ihm die Niederlage auferlegt hat, öffnet ihm im weitestens Maße die Hoffnung auf wirtschaftliche Ausdehnung.

Es ist nötig, Deutschlands schnelle Wiedererhebung vorauszu sehen. Fern liegt uns der Gedanke, ihm Hindernisse zu bereiten.

aber der Widerspruch zwischen dem Wohlergehen des Volkes, das der Angreifer war, nach seiner Niederlage und dem Ruin des Volkes, das den Sieg davongetragen hat, das ist eine Herausforderung der elementarsten Gefühle, die Frankreich nicht annehmen kann.

Wir haben die Gewalt. Wir könnten und wir würden es verstehen, uns ihrer zu bedienen, wenn es nötig wäre, ihm den Respekt vor allen unterschriebenen Verpflichtungen aufzuzwingen.

das republikanische Frankreich ist seinem Wesen nach friedlich, und in Frieden wollen wir Deutschland zur Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen bringen.

Frankreich verlangt alles, was ihm zusteht. Es ist vernünftig; es verlangt nichts, was unmöglich ist, aber was jetzt geschehen muß, das ist, daß alle Möglichkeiten der Bezahlung seitens des Schuldners in Geld, in Ratur und in Beteiligungen aller Art zum Vorteil des Gläubigers durchgeführt werden.

Eintracht zwischen den Verbündeten erreicht werden kann. Diese Eintracht ist die grundlegende Bedingung für die Regelung aller Fragen, die die tatsächliche Wiederherstellung des Friedens ausfallen. Wir werden alles tun, um diese Freundschaft aufrechtzuerhalten und weiter zu entwickeln, und haben die feste Zuversicht, daß

unser großer Freund und Verbündeter, England, uns darin mit allen Kräften unterstützen wird. In der Zeit kann nichts mehr die Beziehungen der beiden großen Völker trüben, die gelernt haben, sich besser zu verstehen und sich zu schätzen in den schweren Kämpfen, wo sie gemeinsam ihr Blut vergossen haben. Ihre herzliche Verbindung ist es, die den Frieden der Welt sichert. Mag es sich handeln um die Ausführung des Versailler Friedensvertrages, um die Regelung der Orientfrage, um die Aufrechterhaltung des durch die Verträge mit Mitteleuropa geschlossenen Friedens oder um die Beziehungen, die mit den Völkern im Osten Europas zu unterhalten sind.

Das enge Bündnis mit England ist die Grundlage unserer auswärtigen Politik. Was Italien betrifft, so werden unsere Interessen dahin gehen, die Bande, die der Krieg zwischen den beiden lateinischen Völkern so glücklich begründete, noch fester zu gestalten. Wir haben das Vertrauen, daß wir für die Lösung der Fragen, die uns

interessieren, in Rom dieselbe freundschaftliche Stimmung finden, die Italien für die Regelung der Adriastfrage in Rom gefunden hat. Die Jahrbücher alte Freundschaft zwischen

Frankreich und den Vereinigten Staaten, die unvergänglichen Erinnerungen unserer gemeinsamen Geschichte, die dazu geführt haben, daß unsere Soldaten auf den Schlachtfeldern der Freiheit gemeinsam ihr Blut vergossen haben, und die dazu führen werden sollte, sind eine Bürgschaft unserer Einigkeit im Frieden wie im Kriege. Wir sind dessen sicher, daß unsere amerikanischen Freunde uns bei der Wiedergutmachung unserer Schäden dieselbe unschätzbare Unterstützung werden angedeihen lassen wie in dem großen Kriege, in dem wir zusammen die Sache der Zivilisation verteidigt haben, und die den Sieg entschieden hat. Wir respektieren die Ansichten, welche

die Vereinigten Staaten zu Bedenken geführt haben gegenüber der ursprünglichen Form, die dem Völkerbund gegeben werden sollte, deren edelmütige und wohlwollende Grundzüge wir übrigens niemals in Zweifel gezogen haben.

Die unbestreitbaren Interessen, die uns dazu geführt haben, uns mit den edlen Belgiern zu einer gemeinsamen Verteidigung durch ein Militärabkommen zu verbünden, haben trotz der Verschiedenartigkeit der beiderseitigen Systeme den Abschluß einer wirtschaftlichen Vereinbarung vorbereitet. Die Einigkeit zwischen Franzosen und Belgiern, die durch ihre Opfer fest begründet ist, ist ebenso wünschenswert für die wirtschaftliche Notwendigkeit der beiden Länder wie für ihre gemeinsame Sicherheit.

Unsere Beziehungen zu unseren Freunden und Verbündeten in Mitteleuropa werden weiter befestigt sein von den Gefühlen wahren Vertrauens, wie sie während des Krieges entstanden sind. Wir werden auch nicht die strikte Durchführung der Friedensverträge zwischen all den Staaten, die aus dem

Zerfall des österreichisch-ungarischen Reiches entstanden sind, vernachlässigen und die Abmachungen durchzuführen, die es jedem Völkchen ermöglichen, seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau zu betreiben.

Die Lage im Orient nimmt in immer steigendem Maße unsere Aufmerksamkeit in Anspruch, und es ist dringend nötig, daß der Friede mit der Türkei verwirklicht werde. Die Opfer, die die große russische Nation zu Beginn des Krieges für die Freiheit der Welt gebracht hat, haben wir nicht vergessen. Wir werden ihr dafür unwandeltbare Dankbarkeit bewahren. Aber unter den gegenwärtigen Umständen werden wir

ebenfalls wie unsere Vorgänger die Sowjetregierung anerkennen,

so lange in Moskau kein Regime besteht, das in Wirklichkeit das russische Volk darstellt, und das bereit ist, die Verpflichtungen zu halten, die die frühere Regierung dieses Landes übernommen hat. Der Bolschewismus in Rußland muß auf seine Grenzen beschränkt bleiben.

Wir haben nicht das Recht, in Rußland zu intervenieren, aber es ist uns unmöglich, zuzulassen, daß die Sowjetarmee unsere Verbündeten angreift.

Schließlich liegt der Regierung der Republik die Verpflichtung ob, überall da, wo die großen internationalen Interessen in Frage kommen, für die Interessen unseres Landes Vorkehrung zu treffen. Das ist das Programm der auswärtigen Politik, das wir ihrer Billigung unterbreiten. Um auch gegenüber den Regierungen, mit denen der Friede noch nicht wiederhergestellt ist, uns stark zu halten, und um unsere Interessen zu verteidigen, und sie zum Siege zu führen, ist es nötig, daß wir stark sind und stark bleiben.

Wir werden uns helfen, unsere militärische Macht zu schwächen, aber das ist eine schwere Last für das Land, und sie muß deshalb auf das streng notwendige Maß beschränkt werden. Wir werden darangehen, sobald als möglich die der Kammer vorliegenden Gesetzentwürfe zur Abstimmung zu bringen, durch die eine Herabsetzung der Militärdienstbarkeit und eine Organisation unserer Armee beachtet ist, die dem modernen Gedanken des nationalen Lebens besser angepaßt ist. Um stark zu sein, genügt für Frankreich nicht, eine starke Armee zu haben, es muß auch gesunde Finanzen haben. Das erfordert von den Bürgern eine beträchtliche Anstrengung; aber wenn sie nicht den Gang des Lebens beeinträchtigen sollen, müssen sie auf das Notwendigste beschränkt bleiben. Es ist infolgedessen dringend nötig, sie in Schranken zu halten.

Die Erklärung der Regierung Briand läßt als Zukunftsideal den 'Frieden der Herzlichkeit und der Moral' erscheinen, den auch nach unserer Überzeugung alle verständigen Deutschen und Franzosen mit aller Kraft erstreben müssen. Die Wärme des Wortes 'Herzlichkeit' klingt angenehm überraschend, wahrscheinlich handelt es sich um eine Verdeutschung des Ausdrucks 'cordialité', der im Französischen allerdings einen etwas kühleren Klang hat.

Wir wollen nichts lieber als einen 'Frieden der Herzlichkeit und der Moral', dazu ist aber notwendig, daß auf beiden Seiten auf jedes Parisierum verzichtet wird. Das deutsche Volk hat seine Mitschuld an dem allgemeinen Unglück des Weltkrieges anerkannt und die Pflicht der Wiedergutmachung auf sich genommen. Es wird aber nie aufhören,

Boetz zum Oberbürgermeister gewählt

In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde der bisherige Stadtkämmerer Boetz mit 109 gegen 95 Stimmen, die auf Dr. Wehl entfielen, zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt. Ihrer bisherigen Stellungnahme entsprechend haben unsere Genossen für Boetz gestimmt.

Die Unabhängigen hätten einen solchen Wahlausgang verhindern können, wenn sie unserer Fraktion einen anderen Kandidaten präsentiert hätten. Anstatt jedoch sich über die Person ihres Oberbürgermeisterkandidaten mit unseren Genossen zu verständigen, zwangen sie den letzteren Dr. Wehl auf. Sie handelten damit gegen ein vor einigen Monaten getroffenes Übereinkommen, wonach die Kandidaten des ersten und zweiten Bürgermeisters nur im gegenseitigen Einverständnis nominiert werden können.

Die Unabhängigen wurden auch bereits vor einigen Wochen nicht im unklaren gelassen, daß die sozialdemokratische Fraktion unter seinen Umständen für Dr. Wehl stimmen werde. Sie hält diesen Kandidaten schon wegen seiner mangelnden sachlichen Qualitäten nicht für geeignet, ein solches verantwortungsvolles Amt zu übernehmen. Außerdem dürfte hinreichend bekannt sein, daß Dr. Wehl unsere Partei wiederholt in der gehässigsten Weise bekämpft hat.

Noch in Erinnerung ist sein in der Wahlagitiation zum Reichstag gemachter Ausspruch, daß die Mehrheitssozialdemokraten 'den Sozialismus gescheitert' hätten und daß man sich mit diesen Leuten 'nicht an einen Tisch setzen' dürfe. Einen Mann, der sich in so gehässiger Weise gegen unsere Partei benommen hat, konnten unsere Genossen unmöglich für ein so wichtiges Amt wählen.

Die unabhängige und kommunistische Presse wird wieder wie auf Kommando über den 'Verrat der Rechtssozialisten' schreien. Das kann uns nicht hindern, so zu entscheiden, wie wir es nach Lage der Verhältnisse für erforderlich halten. Wie wenig namentlich die Kommunisten die schwere Stellung des sozialistischen Magistrats in ihren Maßnahmen berücksichtigen, geht aus ihrer politischen Tätigkeit im Roten Hause zur Genüge hervor. Und die Unabhängigen sind wahrlich nicht von dieser lächerlichen Politik abgerückt, sondern haben aus Angst, unpopulär zu werden, die Dummheiten ihrer Brüder von links mitgemacht. Durch eine solche Politik gerät der Magistrat in eine immer schwierigeren Stellung. Man wird daher das Geschrei aus dem unabhängigen und kommunistischen Lager über die Haltung unserer Genossen bei der Oberbürgermeisterwahl sehr kühl und nüchtern zu bewerten haben.

Stadtkämmerer und Stadtrat Gustav Boetz wurde am 11. April 1873 in Gießen geboren. Er studierte in Gießen Rechtswissenschaft, Finanzwirtschaft und Volkswirtschaft, und bestand 1898 sein Kassenexamen, trat ins hessische Finanzministerium ein und wurde später Verwalter eines Rentamtes in Gießen. Eine ähnliche Tätigkeit übte er in Mainz aus und wurde mit 32 Jahren Regierungsrat. Boetz kam dann nach Berlin, war hier längere Zeit in der Eisenbahndirektion Berlin tätig, von wo aus man ihn einige Jahre darauf als Vorstand eines Eisenbahnverkehrsamtes nach Altona und später nach Westfalen berief. 1905 kehrte er nach Berlin zurück und wurde 1910 zum Stadtrat in Schöneberg gewählt, wo er sich in der Hauptsache mit Verkehrsangelegenheiten beschäftigte. 1912 wurde Boetz zum Nachfolger des Stadtkämmerers Dr. Steiniger in Berlin gewählt.

gegen die Legende zu protestieren, daß es an dem Ausbruch des Krieges und an seiner langen Dauer die Alleinschuld trage und darum seinen früheren Gegnern zur Hingabe der Produkte seines Arbeitsfleißes bis zur Unendlichkeit und zum allgemeinen Untergang verpflichtet sei. Wenn das deutsche Volk um eine angemessene Begrenzung seiner Verpflichtungen kämpft, so kämpft es für sein Recht, für die Vernunft und für das Wohl ganz Europas.

Die französische Regierungserklärung läßt nicht ohne weiteres erkennen, wie weit dieser friedliche Kampf des deutschen Volkes für einen „Frieden der Herzlichkeit und der Moral“ bisher von Erfolg gewesen ist. Spuren einer beginnenden Verständigung haben sich schon oft gezeigt, sind aber ebenso oft wieder vom Ueberzeiler niedergehalten worden. Gelöst werden kann das Problem schließlich nur von zwei Regierungen, in Paris und in Berlin, die den Mut haben, sich unpopulär zu machen. Diesen Mut, falls er vorhanden ist, gleich in der Antrittserklärung einer neuen Regierung Ausdruck zu geben, das wäre aber vielleicht mehr, als man verlangen kann, wäre Tollkühnheit!

Aus der Rede Briands spricht der starke Glaube an die rasche wirtschaftliche Wiedererhebung Deutschlands. Dieser Glaube ist, während wir im tiefsten Pessimismus befangen sind, im ganzen Ausland verbreitet; er tritt uns in der Unterhaltung mit den Ausländern immer wieder entgegen; kein Hinweis auf die gesunkene Produktionskraft, auf die erbärmlich niedrige Lebenshaltung der Massen, auf die Unterernährung der Kinder vermag ihn zu erschüttern. Er sitzt fest wie eine Religion. Man kann fast sagen: die ganze Welt glaubt an Deutschland, ausgenommen — Deutschland.

Trotzdem muß gesagt werden, daß die Vision Briands, die auf der einen Seite ein aufblühendes Deutschland, auf der anderen ein zugrunde gehendes Frankreich sieht, sehr weit in die Zukunft vorausreißt und sehr wenig Wahrscheinlichkeit für sich hat. Auch logisch ist dieses Zukunftsbild nicht aufrechtzuerhalten, denn es ist ganz gewiß, daß von den beiden Nachbarländern auch das zweite dem wirtschaftlichen Niedergang geweiht ist, wenn das erste dem Ruin verfällt, mag das erste, das in den Abgrund gleitet, nun Frankreich oder Deutschland heißen.

Von dieser Erkenntnis des deutschen Volkes und seiner daraus entspringenden ehrlichen Bereitschaft wiedergutzumachen, darf sich Briand für den erhofften „Frieden der Herzlichkeit und der Moral“ mindestens ebensoviel versprechen, wie von dem engen Verhältnis zwischen Frankreich und England. Diplomatische Freundschaften sind nicht von ewiger Dauer und naturgemäß nicht ohne Egoismus. Vielleicht aber hat Briand die Enge dieses Verhältnisses nur darum so scharf betont, weil er gewissen Einsichtslosen zu verstehen geben wollte, daß Frankreich nicht allein gesiegt, nicht allein Frieden geschlossen hat und daher auch nicht allein berufen ist, den Frieden allein auszuführen. In diesem Zusammenhang gewinnt auch die Zurückhaltung, mit der Briand über Italien sprach, einiges Interesse.

Nach Italien wird in weitem Abstand, aber mit wieder wachsender Wärme der Vereinigten Staaten gedacht in Worten, die auf ein Entgegenkommen in der Frage der Revision der Völkerbundakte schließen lassen.

Die Sowjetregierung anzuerkennen, weigert sich Briand ebenso wie seine Vorgänger. Aber die Begründung dieser Weigerung mit demokratischen Argumenten klingt etwas schwach aus dem Munde eines Ministerpräsidenten, der das Bündnis mit dem zaristischen Rußland aufrechterhalten hat. Die zaristische Regierung repräsentierte das russische Volk mindestens ebensowenig wie die Regierung Lenins. Der Verzicht auf eine Intervention in Rußland bleibt bei alledem bemerkenswert.

Zum Schluß jenes Teils seiner Rede, der sich mit der auswärtigen Politik beschäftigt, kündigt der französische Ministerpräsident die Fortsetzung jener Politik an, die auf eine gewisse vorsichtige Einschränkung der französischen Rüstungen hinauszielt. Zu Anfang hatte er um

so energischer von der notwendigen Entwaffnung Deutschlands gesprochen, während er sich auf der anderen Seite hüten will, die militärische Macht Frankreichs zu schwächen. Diese Politik der höchsten Bereitschaft auf der einen Seite und der Wehrlosigkeit auf der andern kann bestenfalls auch nur als ein Uebergangsstadium auf dem Wege zum wirklichen Frieden betrachtet werden.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Rede Briands eine der geschicktesten ist, die je in der französischen Kammer gehalten wurde. Die Redefunst des alten Meisters hat sich wieder bewährt. Aber der „Frieden der Herzlichkeit und der Moral“ kann freilich durch Redekunst allein nicht hergestellt werden. Dazu bedarf es kräftiger Taten, die wir von den arbeitenden Völkern aller beteiligten Länder hoffen und erwarten.

Nach einem Stimmungsbild, das von „Holländisch Newsbureau“ verbreitet wird, machte Briands Erklärung, daß der Frieden noch kein wirklicher sei, auf die Kammer einen tiefen Eindruck. Größten Jubel erweckte die Neuhering, Frankreich habe die Macht und werde von ihr Gebrauch machen, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme.

Die Reparationsverhandlungen.

Paris, 20. Januar. (Holländisch Newsbureau.) Die Alliierten haben vorgeschlagen, daß Deutschland während fünf Jahren jährlicher Zahlungen in Naturalien oder in Weizen leistet, die aus dem Ueberfluß der deutschen Ausfuhr resultieren. Wenn Deutschland den Vorschlag annimmt, diese Jahressummen zu zahlen, die

mindestens 3 Milliarden Goldmark

betragen sollen, dann wird der Hauptbetrag festgesetzt werden. Wenn Deutschland auf Grund des Verfallers Vertragess fordert, den nächsten Betrag seiner Verpflichtungen zu erfahren, bevor es sich bindet, so wird die Reparationskommission dann den Betrag feststellen.

Italiens Sozialistenkongress.

Pisorno, 19. Januar. (W.B.) Zurati sprach gegen Anwendung von Gewalt und Diktatur. Die Versammlung hörte Zurati sehr aufmerksam zu und bereitete ihm eine großzügige Guldigung. Auch der Führer der mittleren Richtung, Serrati, nahm an dieser teil. Der Sekretär der Parteileitung, Genardi, erklärte: Wenn der Kongress die Moskauer Bedingungen nicht voll und ganz annimmt, so wird die Parteileitung wissen, was sie zu tun hat.

Kopenhagen, 20. Januar. (D.G.) Dem „Daily Herald“ zufolge hat der Vertreter der Dritten Internationale, der Bulgare Sabatschew, u. a. ausgeführt: „Das Exekutivkomitee wünscht, ihr möchtet einsehen, daß Moskau der einzige Schutz gegen den Imperialismus von Versailles ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Moskau bald von seiner gegenwärtigen Verteidigungspolitik zu einer Politik der Offensive übergehen wird.“

Die „Rote Armee“ in West-Deutschland.

W.B. meldet amtlich: Gestern (19. Januar) vormittag wurden sieben Führer der kommunistischen Wegsamen Kampforganisation in West-Deutschland festgenommen, unter ihnen der wegen seiner kommunistischen aufbegehrenden Tätigkeit wohlbekannte Bergmann Schröder. Bei den Durchsuchungen wurde reiches Material über die Bildung einer Roten Armee in West-Deutschland gefunden. Die Organisation baute sich in Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsläden unter einer Oberleitung mit dem Sitz in Essen auf. Aus den vorgefundenen Papieren und aus dem Geständnis des Schröder ist festgestellt, daß der Plan auf den gewalttätigen Sturz der Regierung und der Verfassung und die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats abzielte, sowie daß die V.R.P.D. als politische Partei den Aufbau unmittelbar unterstützt hat. Die sieben Festgenommenen, die größtenteils geständig sind, sind nach Soest gebracht und dem Staatsanwalt des Außerordentlichen Gerichts vorgeführt worden. Das Gericht selbst begibt sich heute noch nach Soest.

Die „Telegraphenunion“ weiß dazu noch zu melden, daß auch ein Volksschullehrer Zaidler aus Essen zu den Kompromittierten gehört. Es wurden gefunden: sämtliche Sitzungsberichte, militärische Erkennungsmarken, Soldbücher, Verwendungspläne der Kampforganisationen, Generalstabskarten usw. Von Waffen, ohne die es doch nicht geht, ist allerdings nicht die Rede.

Nach diesen Berichten scheint es sich diesmal wirklich um mehr als um Spitzelphantasien zu handeln, nämlich um ein organisiertes Unternehmen der Berrücken von der anderen Fakultät. Die stellen es natürlich nur dümmert an und laufen den Behörden gerabewegs ins Netz. Möge den ganzen rot- wie weißgardistischen Spul der Teufel holen!

Haftentlassen?

Breslau, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die in Waldenburg auf Grund der Enthüllungen unserer Parteipresse verhafteten Rechtsputschler sind von der Staatsanwaltschaft bis auf einen sämtlich wieder aus der Haft entlassen worden. Diese erlaunliche Maßnahme findet ihre Begründung in der Aussage eines Beteiligten, wonach die militärischen Pläne nicht offenliefen, sondern desjenigen Charakter getragen hätten.

Im obigen Widerspruch hierzu meldet W.B. amtlich: In dem Ermittlungsverfahren, das gegen die Führer der in Waldenburg aufgedeckten Ortschaft eingeleitet worden ist, haben sich inzwischen die hauptbeschuldigten, nämlich: der Kreis-Geschäftsführer St. d. R. a. D. Müller und dessen Stellvertreter, St. d. R. Macianga, ebenso der Fabrikant Krull dem Gericht gestellt, so daß nunmehr alle neun Beschuldigten, gegen die Haftbefehl erlassen ist, in Haft sind.

Die Bannmeile und die Parteien.

Am Donnerstag nachmittag versammelten sich beim Polizeipräsidenten Richter die Vertreter der politischen Parteien. Genosse Richter führte aus, daß ihm von verschiedenen Seiten nahegelegt worden sei, den Lustgarten in die Bannmeile mit einzubeziehen, daß er jedoch den Wunsch habe, diesen zentral gelegenen Platz der Bevölkerung für Versammlungszwecke zu erhalten. Es handle sich jetzt darum, ob die Parteien Zusage machen könnten, daß sie durch eigene Ordner für die Respektierung des Bannkreises sorgen würden. Genosse Richter fügte hinzu, daß der traurige Vorfall am 15. Januar der erste dieser Art während seiner Amtszeit gewesen sei.

Die gemüßigte Zusage wurde von allen Parteien gegeben mit Ausnahme der Kommunisten, deren Vertreter erklärte, er könne das Geheiß über die Bannmeile nicht anerkennen, seine Partei werde Demonstrationen so durchzuführen, wie es ihr Interesse als einer „revolutionären Partei“ verlange. Offenbar hielt er diese Erklärung für erstaunlich „heldenhaft“, während sie nur erstaunlich kindisch ist.

Gutjahr-Eklarz.

In dem Prozeß gegen den Kaufmann Heinrich Eklarz verurteilte der Vorsitzende am Donnerstag das Urteil: „Der Angeklagte wird auf Grund des § 114 R.St.G.B. zu einer Geldstrafe von 2000 M. oder je einem Tag Gefängnis für 10 M. Geldstrafe verurteilt. Die Kosten des Verfahrens werden dem Angeklagten auferlegt.“

In der Begründung heißt es unter anderem: Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte infolge der Verurteilung des Verfahrens verlangen konnte, sind ihm in der Urteilsurkunde die Urteile zugestanden worden, und aus diesem Grunde hat das Gericht anstatt der Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis auf Geldstrafe erkannt.

Mittrauensvotum abgelehnt! Im mecklenburgischen Landtage gab Ministerpräsident Stellung die angekündigte programmatische Regierungserklärung ab, in der er sich u. a. schärf für ein Verbot der Selbstschutzorganisationen aussprach. Hierauf stellte Abgeordneter Kniebusch (Dnat.) den Antrag auf Auflösung des Landtages, der von den Kommunisten unterstützt wurde! Der Landtag vertagte sich sodann. Ein von der Rechten beantragtes Mittrauensvotum wurde abgelehnt.

Der Oberste Saargebietshof besteht aus 2 Schweizern, 3 Elsaßern, 1 Saarländer und je 1 Luxemburger, Belgier, Holländer und Tschechen.

Auf Agitation in Vorpommern.

Von Kurt Heilig, Berlin.

Wer die Arbeiterbewegung verstehen will, muß zu ihr gehen. Wenn du Rheinland-Westfalen studiert hast, dann vergiß nicht, deine Nase ins sozialistische Rheinland, in die großagrarischen preussischen Provinzen zu stecken; du wirst reich bespaßt mit Erkenntnissen und gewonnenen Erfahrungen nach dem großen politischen Wurfteufel Berlin zurückkehren.

Diesmal ging es nach Vorpommern, ins geeignete Land der Unter.

Greifswald, die alte Universitätsstadt, war die erste Station. Die Studenten sind aus der sozialistischen Bewegung längst wieder verschwunden, etliche Ausnahmen bestätigen die Regel. Bei den Kommunisten haufen sich noch einige. An die Solidarität der Alma mater mit der zukunftsreichen Arbeiterbewegung erinnert nur noch ein Denkstein, unserem großen Agitator und Führer August Bebel von sozialistischen Arbeitern und Studenten in den Ballanlagen gesetzt. Er wurde feierlich enthüllt; die Stadt nahm ihn in ihre Obhut. Jetzt sieht man einen Hindenburgstein, er ist einen Meter höher als der Bebel's. —

Die Unabhängige Partei gibt es im Kreise Greifswald kaum mehr. Sie wird von den hier herrschenden Rostowitern nur noch als lächerliche Leiche verhöhnt und verspottet. Die Greifswalder Kommunisten rücken auch diesmal mit Knüppeln in die Versammlung ein. Sie spielen Weltgericht, wie sie es auffassen. Man hatte vor einiger Zeit nicht nur unsere Genossen, sondern auch Hefflicher vorprügelt. Diesmal ging es etwas milder her. Man hatte sich damit begnügt, einen Kommunisten stinbesoffen zu machen. Er mußte vor Arbeitern und Bürgertum den Clown spielen. Das gelang ihm auch. Die Schlupfrücke war, daß er das Rednerpult in den sich leerenden Saal warf.

Die Lage darauf redete ich mich durch den Kreis Franzburg. Wieder ist festzustellen, daß hier das politische Leben so stark flutet wie kaum in Berlin. Die Wahlbeteiligung war Juni 1920 außerordentlich hoch; es ist das Gebiet, das damals sozialdemokratische Stimmen zu wach brachte! Versammlungen stellen große Ereignisse dar, zu denen die Landarbeiter stundenweit herandrücken, auf der Brust stolz das rotegoldene Zeichen „D.R.V.“ — Deutscher Landarbeiterverband. In den Zusammenkünften sammelt sich Proletariat, dem die Umwälzung Erwachen und Meinungsfreiheit gab. Das Land der Reaktion ist in sozialdemokratischer Bewegung. Das Erscheinen unserer ortserfahrenen Genossen im kleinsten Dorfe bedeutet nahezu regelmäßig die Gründung einer sozialdemokratischen Ortsgruppe von 30, 40 und mehr Mitgliedern und zahlreiche Abonnenten für den „Vorpommer“.

Sicher ist es nicht einfach, in Pommern als „Berliner“ zu sprechen, aber hier hat es sichbarlichsten Zweck. Wenn doch unsere bedeutendsten Sprecher, wenn die Führer mit bewährten Namen

hier herkommen könnten! Glaubst es, zu Fuß und mit dem Wagen kämen die Massen stundenweit. Sie haben mich gebeten, ich solle den Wunsch übermitteln. Hier draußen wollen unsere Anhänger sehen und hören, sie möchten lernen und kämpfen, sie sind in ihrer äußerlich ruhigen Art begeistert wie kaum je. Auch wochentags abends gibt es in den Städten dieses reaktionären Landes gut besuchte Versammlungen. Der rechtsparteiliche Gegner erscheint, hin und wieder kommen Kuhenseiter, U.S.P.-Leute und Kommunisten; sie sind in hoffnungsloser Minderheit.

Ueber Straßund geht's nach der Insel Rügen. In der Kreisstadt Bergen merkst du sofort, wie sehr hier das Land der Großjunker ist. Sie haben alle gute Pferde. Ihre Wagen bilden den Hauptverkehr. Ich gerate in den Ratskeller. Der Landwirtschaftliche Verein tagt heute. Thema: Raul- und Klauenwunde. Gemeint sind dabei doch nur wir. Es wird kaum von etwas anderem geredet. Man hört die Unterhaltung mit an und wundert sich: Guten Tag, Eggelanz; Guten Tag, Herr Hauptmann; Wie geht's, Herr Major? — Es sind die Offiziere der alten kaiserlichen Armee, die hier auf ihren Klitschen sitzen und Gergieren und Anschnauzen können einbreiten. Deswegen schwärmt mancher für Orzech, militärischen Drill, Schießen und Knüppel aus dem Sack. Der Boden ist heiß. Man heht und redet viel von Monarchie. In Wirklichkeit wird darunter die alte angenehme Herrschaft verstanden, die den Junkern freie Lust und das Vergnügen ließ, dem Volk die Plage.

Unter den Arbeitern scheint darüber Klarheit zu herrschen. Wenn bei einem reaktionären Versuch nicht das Parlament oder Berlin umkippt, das Land hier draußen ist fest. Ein sozialistischer Hüter und die pommerschen Grenadiere stellen alle in Reih und Glied. Jetzt sind's aber Sozialdemokraten!

Gegen wir etwas tiefer in die Insel hinein. Putbus. Die Stadt gehört dem Fürsten, das Land gehört dem Fürsten, der Strand gehört dem Fürsten, die Seen gehören dem Fürsten, der Wald gehört dem Fürsten — alles, alles gehört ihm. Hier gibt es noch einen Markt, Hofbedienstete, subventioniertes Hoftheater und fürstliche Verwaltung. Aber die Arbeiterbewegung am Orte ist dennoch gut.

Diesmal gab Sellin den Abschluß. Es war eine gut gefüllte Versammlung. Viel Bürgerum, kleine Besitzer, auch einige deutsche nationale Reiterchen sammelten sich im Saale. Regies Bedürfnis nach politischer Aussprache treibt alle zusammen. Am Nachmittag hatte schon eine Versammlung des Reichsbundes der Kriegsbefehligen und Kriegshinterbliebenen stattgefunden. Der Kriegerverein wollte ihm dadurch den Hals abdrehen, daß er ihn spartakistisch nannte. Der Angriff wurde von den Frauen, Kriegerwitwen, glänzend abgeschlagen. Der Vorsitzende des Hurraclubs entschuldigte sich eifrig.

Pommern ist heute das agrarische Rheinland-Westfalen, in dem sich die Parteien für große Entscheidungen rüsten. Genossen, vergeßt über den Städten nicht das Land!

Bruch-Fest. Das zweite Konzert des Hochschulkors unter Leitung von Siegfried Ochs verdient in doppelter Weise Erwähnung. Einmal war es eine Totenfeier für Max Bruch, dessen unerlöbliche drei Messiasen in wirklich imposanter Klangfülle und wahrhaft schöner Inbrunst aufstiegen. Dann aber war der Fortschritt des Schülerorchesters, seine Einstellung auf den Dirigier- und Ausdrucks willen seines Lehrers unverkennbar. Selbst bei sehr schwierigen Partien, wie den Rezitativen und Arien zweier Bach-Kontanten, und trotz dem selbstverständlichen Versagen mancher sozialistischen Kräfte der Hauptprobe zeigte sich die jugendlich beherzte und auf Kommando frisch zupackende Schar sehr verständig und geistesgegenwärtig. Kein Zweifel: In den Chor- und Orchesterklassen der Hochschule wird gearbeitet, und der Erfolg kann nicht ausbleiben. Die göttliche Stimme des heiligen Geistes in der Kantate Nummer 60 ließen einst Reschauer und von Kraus so ergreifend von der Orgel herkommen, daß wir in Tränen erschauerten. Heile Lindberg war halt wie Eis: schöne Stimme und langer Atem allein machen aus einem Erdgebundenen noch keinen Gott. Das Tenorsolo sang in der Generalprobe der fähne und sichere Valentin Ludwig in letzter Minute vom Blatt. Fräulein Wradt, eine Schülerin der Hochschule, wurde hübsch und gesanglich ihrer schweren Partie durchaus gerecht; wenn sie den leichten gaumigen Beiklang ihrer Tiefe überwindet, wird sie eine perfekte Bach-Sängerin sein. Weniger gut schnitten die beiden, mit schöner Stimme beschenkten, aber sehr unruhigen Sopranstimmen ab, die in der Ausführung dann durch bewährte Kräfte ersetzt wurden. Trotz dieses teilweisen Mißerfolges ist das Experiment zu begrüßen. Nur in der praktischen Betätigung an exponierter Stelle lernt sich die Freiheit des Singers, die Unmittelbarkeit des Ausdrucks, die Sicherheit des Stimmensindens. Ochs ist der rechte Mann dazu, die Stilbildung der Hochschule zu verwirklichen.

Ohrhörer. Bei längerem Telefonhören ist des Halten des Hörers lästig; auch der übliche Kopfhörer ist nicht immer praktikabel. Da greift ein neuer Zwergapparat ein: er ist so klein, daß er bequem in's Ohr eingeführt und gehalten werden kann. Er ist ein technisches Wunder, von einer erstaunlichen Kleinheit und Leichtigkeit, aber trotzdem tut es seine volle Schuldigkeit. Freilich, man wird nicht gern von andern benutzte Hörer in sein eigenes Ohr stecken, und so wird wohl jeder seinen eigenen Hörer mit sich führen. ... Inzwischen ist aber der neue Apparat, den die Firma Siemens u. Halske herstellt, ein erfreuliches Hilfsmittel für Schwerhörige. In Verbindung mit den künstlichen Hörapparaten bedeutet er eine erhebliche Erleichterung und ist so unauffällig, daß er auch deswegen von manchem bevorzugt werden wird.

Theater. In den Bühnen des Deutschen Theaters werden folgende Premieren für die nächste Zeit vorbereitet: Schillers „Rungfrau von Orleans“, August Stramm's „Ariste“, Dancloco's „Demis" und Tagore's „Der König der dunklen Kammer“.

Staatsoper. In der Frage der künstlerischen Reifezeitigkeit der Kapelle der Staatsoper wird erklärt, daß eine völlige Ueberreife zwischen der Intendant und dem Orchesterpersonal erzielt ist. Ein wissenschaftliches Institut der Elisabeth-Vorhänger im Reich mit dem Sitz in München ist begründet worden. Es soll Träger der kulturellen Interessen werden, welche die aus Elbsch-Lösungen Betriebenen mit ihrer alten Heimat geistig und seelisch verbinden. Anfragen und Beitragsleistungen an den Generaldirektor Prof. Wolfram, Oberberg, Baden.

Groß-Berlin Ein Siedlerfilm.

Der Wunsch, durch eigene Arbeit zum eigenen Heim zu gelangen, hat seinerzeit ein kleines Häuflein tatkräftiger Siedler in das preußisch-braunschweigische Braunkohlenrevier geführt...

Andere Bilder zeigen, wie Soldatenstellungen auf dem Bodstedter Truppenlager und am Uchter Moor entstehen. Man ist diesen Soldatenstellungen vielfach mit großen Zweifeln begegnet...

Alles in allem: ein Lehrfilm, der ohne viel Aufwand nach dem Leben hergestellt wurde. Wenn er den Zweck erfüllt, zähe Siedler zu Gemeinschaftsarbeit anzuregen...

Tumulte bei einem Filmbrand. „Menschenleben in Gefahr“.

Die Kochstraße stand gestern in später Mittagsstunde in hellem Aufruhr. Im Hause Nr. 55 war (angeblich durch Entzündung von Benzin) beim Polieren in einer Betriebswerkstatt von „Röhrs Film-Erneuerung“ Feuer ausgebrochen.

Schweres Blut.

Roman von Juhani Aho.

Der Propst wich aus, sagte etwas anderes, als er beabsichtigt hatte: „Nachdem — ja, nachdem sich Marja gesteuert hat.“

sonal den Weg zu den Treppen. Einige aufgeregte Mädchen schrien aus den Fenstern laut um Hilfe. Als die Feuerwehr unter Leitung des Branddirektors Reichel mit 30 Fahrzeugen an der Brandstelle erschien...

Heute abend 7 Uhr spricht Genosse Abg. Anton Nemeč-Trag in den Prachtsälen „M-Berlin“ über das Thema: Die Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei.

Assignatenschwindel.

Vor kurzem berichteten wir von einer ungarischen Hochstaplergesellschaft, die ausländische und deutsche Großstädte mit wertlosen amerikanischen Schecks heimlich suchte.

In einem Berliner Hotel stiegen vor einiger Zeit zwei Ungarn ab, die sich für Großhändler ausgaben und erzählten, daß sie ganze Eisenbahnladungen Rüsse nach Berlin gebracht hätten.

Die vier „arbeiteten“, wie weiter festgestellt wurde, gemeinsam nicht nur in Deutschland, sondern, wie aus bei den Verhafteten gefundenen Hotelzetteln hervorgeht, auch in Jansbruck, Verona, im Trentino usw.

Die scharfe Kontrolle, die die Sicherheitspolizei neuerdings in der Neuen Schönhauser und den umliegenden Straßen ausübt, hat eine ungeahnte Folge gehabt. Die von dort betriebenen Schieber haben sich verschiedene Warteplätze der Fernbahnhöfe als neuen Zu-

Polizeiliche Ueberwachung der Warteplätze. Die scharfe Kontrolle, die die Sicherheitspolizei neuerdings in der Neuen Schönhauser und den umliegenden Straßen ausübt, hat eine ungeahnte Folge gehabt.

fluchtsort ausgesucht und belästigen dort die Reisenden so stark, daß die Ueberwachungsabteilung der Eisenbahndirektion verschiedene Streifen und Patrouillen eigens dazu eingerichtet hat.

Die Briefbestellung in den Vororten.

Im Anschluß an die von der Oberpostdirektion Berlin verfügte Einschränkungen der Briefbestellung in den Vororten hat die Handelskammer Berlin mit der Postverwaltung Verhandlungen geführt, um die Bestellungen in den Vororten mit stärkerem geschäftlichen Charakter zu vermindern.

„Eine rote Kirchentwählliste“

Ist vom Bund religiöser Sozialisten auch in Sichterfelde aufgestellt worden, wo die Verhältnisse für die Sozialisten nicht entfernt so günstig liegen wie in Reutlilien.

Den Auftakt zum Wahlkampf brachte kürzlich ein Vortrag des Genossen Alfred Dieterich-Sichterfelde über „Arbeiterreligion“.

Am 21. Januar, also zwei Tage vor der Kirchentwahl, spricht Genosse Starrer Lic. Dr. Auer über die Frage: „Wie sieht der moderne Mensch zur Kirche?“

Entziehung der Erwerbslosenunterstützung.

Vom Arbeitslosienrat Schöneberg erhalten wir folgende Zuschrift: In § 10 des Statuts der Erwerbslosienfürsorge Groß-Berlins findet sich die Bestimmung, daß bei unentschuldigter Versäumnis des Fortbildungunterrichts sowie bei unangemessenem Verhalten während der Unterrichtsstunden den Fortbildungsschülern die Unterstützung ganz oder teilweise entzogen werden kann.

Ist es nicht, es gibt keine solchen Befehle und Verbote. Es ist ihnen gleichgültig, wenn sie es auch nicht sagen mögen. Was liegt ihnen an Marja? Höhnen in ihrem Sinn, daß es so gekommen ist.

Und während Juhani ruderte, wurde es ihm allmählich klar, was er zu tun hatte. Man ist früher in den Kriegsjahren auch den Spuren der gefangenen Weggeschleppten gefolgt, nach Zeichen, die sie am Wege hinterließen.

Als Juhani heim kam, sah er, daß sich seine Mutter da schon als Birkin eingerichtet hatte, daß sie Marjas Arbeiten besorgte wie ihre eigenen.

Nachdem Juhani ein wenig gegessen hatte, holte er seine Büchse und sein übriges Jagdzeug aus dem Speicher in die Stube und begann es zurecht zu machen.

„Füll sie — so viel, wie hineingeht — Renntierzunge und gedörrtes Hafermehl.“

„Gehst du auf die Jagd?“

„Nein.“

„Ich dachte, weil du dich so rüfdest.“

Als die Mutter die gefüllte Totsche gebracht hatte, sagte Juhani:

(Fortf. folgt.)

Wie Strauß Verbrecher ward.

Der Mordprozess gegen die „Einbrecherkönige“, die Brüder Emil und Erich Strauß, hat in Moabit begonnen. Sie sind, wie schon im letzten Abendblatt kurz berichtet, angeklagt des Mordes, der Gefangenbefreiung und des verübten Mordes; neben ihnen sitzen noch auf der Anklagebank die Arbeiterin Anna Behrendt, geb. Priegnitz, wegen Begünstigung des Emil Strauß, der Händler Kurt Herrmann, der Kellner Alfred Enders und die Schneiderin Luise Behmann, geb. Aschenbach, wegen Beihilfe.

Der 33jährige Emil Strauß ist zweifach vorbestraft, u. a. im Jahre 1907 wegen schweren Diebstahls zu 3½ Jahren Gefängnis, dann im Jahre 1910 wegen schweren Diebstahls mit 3 Jahren Zuchthaus, 1913 wieder zu 3 Jahren Zuchthaus, 1917 abermals zu 3 Jahren Zuchthaus. Der Vollstreckung dieser Strafe entzog er sich dadurch, daß er aus dem Polizeipräsidium ausbrach. Er beging dann wieder 4 schwere Diebstähle, wurde wieder ergriffen und zu einer Gesamtstrafe von 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. In der Nacht zum 7. Juli 1919 brach er aus der Strafanstalt Raugard aus und hielt sich seitdem in Berlin verborgen.

Auch sein 25jähriger Bruder Erich ist schon in jungen Jahren wiederholt vorbestraft. Als er zu einem Tapezierer in Küstrin in die Lehre gebracht worden war, entließ er, wurde in eine Erziehungsanstalt gebracht, entließ aber auch dort und lebte dann von Diebstählen. Er wurde bestraft, kam in die Fürsorgeanstalt Lichtenberg, wurde dann bei einem Bauern untergebracht, dem er aber nach kurzer Zeit davonlief. In Berlin beging er dann Diebstähle, sah bald im Gefängnis, entzog sich der geregelten Strafvorbereitung dadurch, daß er allerlei unverdächtige Gegenstände verschluckte, mußte operiert und in die Irrenanstalt Eberswalde überführt werden. Aus dieser wurde er nach zwei Monaten entlassen und als geistig minderwertiger in das Strafgewandnis Legel zurückgeführt. Nach Verbüßung seiner Strafe im Jahre 1916 wurde er zum Militär eingezogen und ins Feld geschickt. Dort ist er angeblich mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet und einmal verschüttet worden. Als er sich 1917 auf Heimaturlaub befand, kehrte er nicht wieder ins Feld zurück, wurde hier in Berlin wegen Einbruchdiebstahls festgenommen, entwich aber aus der Militärhaft. Nach seiner Wiederergriffung wurde er zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt, entließ aber auf dem Transport abermals. Er beteiligte sich an den Einbrecherfahrten seines Bruders und wurde zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er kam in dieselbe Strafanstalt Raugard, aus der sein Bruder ausgebrochen war. Er ist dann am 27. November 1919 von seinem Bruder Emil

In geradezu tollkühner Weise befreit

worden. Dieser hatte sich von einem kurz vorher aus Raugard ausgebrochenen Gefangenen die Zelle seines Bruders genau beschreiben lassen. Er fuhr mit zwei nicht ermittelten Personen am 27. November nach Raugard und nahm Einbrecherwerkzeug und Zivilkleidung für seinen Bruder mit. In der Nacht schlich sie sich an die Mauer des Zuchthauses. Emil Strauß kletterte auf einer Strickleiter hinüber in den Hof, öffnete die Tür des Hauses, in dem sein Bruder lag, mit einem Dietrich und schlich sich zur Zelle seines Bruders, die er gleichfalls mit Dietrich öffnete. Als Erich erwachte, sprang er aus dem Bett, beide flüchten unbemerkt wieder über die Mauer und Erich zog die von seinem Bruder mitgebrachte Zivilkleidung an. Dann fuhren die nächstlichen Besucher Raugards mit dem in so verzweifelter Art befreiten Erich nach Berlin zurück.

Die Brüder Strauß haben dann in der Nacht zum 3. Dezember 1919 gemeinschaftlich einen durch Kettensperren aller Art ermöglichten Einbruch in das Konfektionsgeschäft von Wilhelm Dreßel, Niederwallstr. 13/14, ausgeführt und sind dabei von mehreren Komplizen unterstützt worden. Hier wurden große Mengen Seidenstoffe im Gesamtwerte von 300 000 bis 400 000 M. gestohlen. Die Brüder Strauß erhielten aus dem Verkaufserlös einen Anteil von 17 000 M. Sie hatten bei der Angeklagten Frau Behrendt Unterschlupf gefunden, und als sie dort am 9. Dezember von der Polizei entdeckt wurden, kam es zu der verhängnisvollen Schießerei, bei der

Kriminalwachmeister Erdmann erschossen

und die Wachmeister Krumpholz und Treichel verwundet wurden. Die Angeklagte Behrendt hatte den Emil Strauß, mit dem sie ein Verhältnis eingegangen war, in ihrer Wohnung versteckt gehalten, sobald die Luft nicht ganz rein zu sein schien, sie hatte auch eine große Geldsumme, die aus dem Diebstahl herrührte, versteckt und die Kriminalpolizei zu täuschen versucht. Emil Strauß hielt sich bei ihr unter dem Namen Vogel auf. Nach dem Zusammenstoß mit den Polizeibeamten sind die Brüder Strauß dann von den Angeklagten Herrmann und Enders zu der Angeklagten Frau Behmann gebracht worden, die ihnen Unterschlupf gewährte, bis sie dort festgenommen wurden.

Als Emil Strauß nach seinen persönlichen Verhältnissen befragt wird, beginnt er eine lange, blumenreiche, mit reichlichem Pathos ausgestattete Rede, in welcher er, weit ausholend, seinen Werdegang schildern will. Der Vorsitzende will den Redeschwanz einigermaßen eindämmen, es gelingt ihm aber nicht, denn der Angeklagte läßt sich nicht aus dem Takt bringen, sondern fährt, ohne je zu stocken, in seiner wohlüberlegten Rede fort, die — von allen Ausschmückungen abgesehen — ein scharfsichtiges Bild von der sozialen Not eines Proletariatskindes entrollt und deshalb verdient, hier ausführlicher verzeichnet zu werden.

Wie man Verbrecher wird.

Zu den Schwörenen gewandt, erklärt Emil Strauß: Hier soll nach Recht und Gerechtigkeit über Tod und Leben eines Menschen entschieden werden. Da ist es doch wohl notwendig, daß man die Person der Angeklagten und die ausschlaggebenden Momente seines Werdeganges kennen lernt, um so mehr, als es sich um einen Menschen handelt, der seit Jahren in der öffentlichen Meinung in dem Geruch steht, der Schwere der Schwereverbrecher zu sein. Diese traurige Berühmtheit — im wahren Sinne des Wortes traurig — verdanke ich nicht meinen Taten, sondern der Geschäftstätigkeit gewisser Sensationsartikel-Fabrikanten. Ich habe diesen traurigen Nimbus, mit dem mich gedankenlose Zeitungsleser umgeben haben, nicht verdient, man sieht daraus nur wieder die suggestive Macht der Druckerzwärze. Es ist fast automatisch den Zeitungslesern ein Höchstmaß an mir vorgeführt worden, das mich als Abschäum des Abschäumens der Menschheit darstellen soll. Aber wer mich näher kennt, hat eine bessere Meinung von mir, als jene im Mid-Carter-Stil fabrizierten Fabrikate, die den Zeitungslesern vorgelegt wurden. Ich will, wenn ich hier mein Curriculum vitae vortrage, nicht im einzelnen das ganze kraße Elend meiner Jugend

schildern, nicht in den Verdacht kommen, Porträtmalerei und Stimmungsmache zu betreiben, sondern ich will die goldene Mittelstraße innehalten und nur meinen Werdegang schildern. Mein Vater, heute ein würdiger Greis von 70 Jahren, war in mittleren Jahren ein notorischer Trinker gewesen. Er trägt ein großes Teil Schuld daran, daß mein Lebenspfad so dornenvoll gewesen ist. Es ist ein Unterschied, ob ein sorgsam gehütetes Kind geistig und sittlich hochstehender Eltern seine ihm von der Natur verliehenen schönen

Gaben in der Schule richtig verwerten kann oder ob es in Verhältnissen groß wird, wie sie mir beschieden worden waren. Von meinem 7. Lebensjahre an habe ich bei Wind und Wetter, bei Sturm und Eis meiner Mutter beim Zeitungsaustragen helfen müssen. Vom zehnten Lebensjahre an war ich Pausbursche und kam des Abends tommüde nach Hause. Meine Mutter, eine Kreuzbräute, stets ehrliche Frau, schützte vom Morgengrauen bis in die späte Nacht, um die zahlreichen „Straußenbrut“ satt zu bekommen. Aber

es war ein unbeschreibliches Martyrium,

welches meine arme Mutter und damit auch ich durchmachen mußte. Eines Tages war meine geliebte Mutter am Ende ihrer Kraft angelangt, wir hatten buchstäblich seit Tagen nichts gegessen, und in ihrer höchsten Not ließ sich die sonst grundehrliche Frau verleiten, von den einkassierten Zeitungsgeldern einige Mark zu verwenden, um Brot zu kaufen. Als sie die paar Mark nicht zurückgeben konnte und ihr die Polizei drohte, nahm sie einen Strick und erhängte sich. Wir verwahrlosten Kinder wurden nun auf Kosten der Gemeinde Weißensee zu fremden Leuten in Pflege gegeben. Ich kam zu einer Frau mit einem engen Herzen, dafür aber um so weiteren Gewissen. Diese edle Dame beschäftigte sich damit, den Fesslingen des Magdalenenheims zur Flucht zu verhelfen, sie dann bei Kupplerinnen unterzubringen und sich von dem Ertrag ihres Gewerbes Lohntien zu zahlen zu lassen. Der Mann war ein richtiger verpörrer Luftknecht, der nur nach Hause kam, um Krakeel zu machen und seinen Rausch auszuschlafen. Meine sogenannte Pflegemutter sah ihre erzieherische Aufgabe darin, daß sie

mich zu Diebstählen anhielt.

Ich mußte auf den Friedhöfen Wachrosen stehlen, die dann in der Kranzbinderei, in der ich als Pausbursche angestellt war, verkauft wurden. Bei einem dieser Friedhofbesuche, bei dem auch die Tochter meiner Pflegemutter zugegen war, zwangen mich die beiden Regären, ein auf einem frischen Kindergrab stehendes, niedlich geschmücktes Weihnachtsbäumchen völlig zu plündern. Die 20jährige Tochter hätte mich damals als eifährigen Jungen auch theoretisch und praktisch seguell auf. Mein Vater heiratete dann zum zweiten Male, und zwar eine Frau, die zwar weber lesen noch schreiben konnte, dafür aber uns Kinder desto mehr zum Lügen und Stehlen anhielt.

Als 15jähriger Junge wurde ich auf die Strafe gesetzt,

und zu jener Zeit bekam ich Gedanken, die denen eines Karl Moor verwehrt ähnlich sahen. Tatsächlich habe ich damals mehrere Monate lang ein wahres Räuber- und Zigeunerleben geführt. Ich lernte dann einen Schlosser kennen, der mit Einbrüchen Bescheid wußte, und mit diesem verband ich mich zu löblichen Taten. Von diesem Augenblick an begann meine eigentliche Verbrechertätigkeit. Ich bin stets nur kurze Zeit auf freier Fuße gewesen und habe fast stets in Einzelhaft gesessen. Diese Einzelhaft wirkt lähmend wie ein Rarotikum, wie Opium, Kokain, Morphinum, und damit möchte ich die Gefängnisstrafen überhaupt vergleichen. Diese Rarotika müssen, ebenso wie die Freiheitsstrafe, in geringen und nicht zu freigelegten Dosen verabreicht werden, so wirken sie entnervend, zerrütend. Kleine Dosen wirken heilsam, bessernd zum Heile der ganzen Menschheit. Große Dosen aber erzeugen das Gegenteil. (Zu den Schwörenen): Wenn Ihr's nicht fühlt, Ihr werdet's nicht erjagen.“ Wer dann einmal so tief in den Sumpf hineingestochen ist, der kommt nicht von allein wieder heraus, wenn er nicht gerade ein Münchhausen ist, der sich an seinem eigenen Kopf wieder herauszieht. Damit lege ich vorläufig Pinsel und Palette zur Seite, denn mein Lebensbild ist entworfen, und ich bitte Sie, meine Herren, in der Stille Ihres Herzensammerleins zu prüfen, auf welcher Seite wohl am schnellsten gesündigt worden ist.

Der Vorsitzende erörtert sodann den Befreiungsakt aus dem Zuchthause in Raugard. Emil Strauß erklärt hierzu, daß es nicht seine Art sei, das, was er getan, abzuschwächen. Er wolle deshalb ohne Umschweife erzählen, wie sich die Befreiung des Bruders abgepielt habe. Er sei zu dieser Befreiung des Bruders, den er sehr liebe, dadurch bemogen worden, daß ihm gemeldet worden war, daß es dem Bruder in der Strafanstalt sehr schlecht gehe, ferner dadurch, daß die Strafe, die sein Bruder erlitten hatte, ganz exorbitant hoch und ihm barbarisch erschien. Schließlich handle es sich doch um nichts weiter, als daß er mit seinem Bruder einige

millionenschwere Kapitalisten von einem Teil ihres Ueberflusses befreit

habe. Der Angeklagte schildert dann die Vorbereitungen zu der Befreiungsstat und die Einzelheiten. Ihm sei genau bekannt gewesen, daß in Raugard die Kontrollrunde der Wächter allsündlich stattfindet, und so habe er das Eindringen in die Strafanstalt und die Befreiung des Bruders ungehindert ausführen können. Nach dem Gelingen der Tat habe er mit dem Bruder und den Komplizen, deren Namen er unter keinen Umständen nennen wolle, den Rückweg über Stargard—Stettin nach Berlin angetreten. Den hier in Berlin begangenen Einbruchdiebstahl bei Wilhelm Dreßel in der Niederwallstr. 13/14 gibt der Angeklagte unumwunden zu. Zu der Erschießung des Wachmeisters Erdmann erklärt er u. a.: Die Kriminalbeamten seien bei der Behrendt eingedrungen, als dort gerade eine Geburtstagsfeier im Gange war. Erdmann habe nach Geld gesucht und wissen wollen, woher die vielen Ausgaben stammten. Wichtig sei es, daß, als auf dem Ofen das Paket mit dem Gelde gefunden worden sei, er zunächst gefragt habe, das Geld gehöre der Frau Behrendt; ihr Vater sei vor zwei Jahren gestorben und das Geld stamme aus der Erbschaft. Er sei bei der ganzen Begegnung mit den Beamten infolge des Genusses von Rotwein und Kummel sehr aufgeregter und bestürzt gewesen, wie er überhaupt durch den langen Aufenthalt im Zuchthause sehr nervös sei.

Der Angeklagte bekundet dann weiter, daß er, als er sah, daß es kein Entrinnen mehr gab, die Absicht gehabt habe, sich selbst zu erschließen. Er sei zu diesem Zwecke hinter eine Portiere getreten, habe seine Pistole hervorgeholt und gefeuert, daß sich kein Patronenrahmen darin befand. Als das Hineinschießen des Rahmens ein knackerndes Geräusch verurteilte, sei Kriminaloberwachmeister Erdmann auf ihn zugegriffen und habe gerufen:

Was machen Sie da? Hände hoch!

In diesem Moment habe er, ohne recht zu wissen, was er tat, die Hand hochgerissen und geschossen. Argentwelsche Leberlegung habe er in diesem Augenblick bestimmt nicht gehabt. In diesem Augenblick habe auch sein Bruder geschossen. — Strauß schildert dann, wie er nach der Tat mit seinem verwundeten Bruder von Wohnung zu Wohnung getret sei, bis ihm schließlich der Kriminaloberwachmeister Dettmann eines Tages auf die Wade geriet. Er habe auch hier sofort den Gedanken gefaßt, Schluß zu machen, d. h. sich das Leben zu nehmen. Der Gedanke aber, daß die gereizten Beamten seinem Bruder Erich über müßigen Würde, habe ihn davon abgehalten. Hinten der verschlossenen Tür habe plötzlich jemand gerufen: „Emil, mach auf, es hat keinen Zweck mehr! Hier Dettmann.“ Er habe darauf den Beamten zugerufen: Wenn Ihr vernünftig seid, find mir auch vernünftig. — Wir gaben deshalb, so erklärt Strauß weiter, jeden Widerstand auf, da uns auch schon mitgeteilt worden war, daß die Beamten mit Handgranaten versehen waren.

Geheimer Medizinalrat Dr. Lippmann hat sich über den Geisteszustand des Angeklagten Erich Strauß

zu äußern. Nach seinen Untersuchungen ist Erich Strauß, der seinen Bruder schwärmerisch liebt und durch dessen Sprachkenntnisse zur Bewunderung und durch seine Rettung aus dem Zuchthause zur Dankbarkeit getrieben wird, ein mit geistigen Mängeln behafteter Mensch, doch liege ein Ausschluß der freien Willensbestimmung im Sinne des § 51 St.G.B. nicht vor. Er sei aber anzuspähen als ein Minderwertiger, der nicht so zu beurteilen sei, wie ein Gesunder. — Medizinalrat Dr. Störmer hat den Angeklagten Enders, der schon 9 Jahre in Zuchthäusern zugebracht hat und während der Strafvollzüge wiederholt in Geisteskrankheit verfallen ist, auf seinen Geisteszustand untersucht. Der § 51 treffe nicht zu, doch sei Enders erheblich minderwertig. Diefem Gutachten schließt sich der Sachverständige Dr. Bürger an; er hat den Angeklagten bei Gelegenheit einer anderen Strafsache zu untersuchen gehabt.

Der erste Zeuge Wachmeister Krumpholz bekundet u. a.: Die drei Polizeibeamten hätten, als sie zur Durchsuchung der Wohnung der Frau Behrendt dort erschienen, nicht gewußt, daß hier die Gebrüder Strauß hausten, sie glaubten, es handle sich um Zeilnehmer an dem Postraub auf dem Schlesischen Bahnhof. Nach seiner Darstellung hat der ganze Vorfall sich in der Zeit von ungefähr 10 Minuten abgepielt. Als er auf den Ofen hinaufgriff, um das Geld von dort herabzuholen, sei plötzlich

die Schießerei losgegangen.

Emil Strauß habe auf ihn und Erdmann geschossen, nachdem er sich an der Gardine vor der Kabine etwas verdächtig gemacht hatte und deshalb von dem Zeugen scharf ins Auge gefaßt wurde. Bei der Schießerei habe Emil Strauß nach jedem Beamten der Reihe nach direkt auf den Kopf gezielt. Der Zeuge selbst hat bei dem Feuergefecht zwei Kopfschüsse erhalten und das linke Auge eingebüßt. Er hat nicht den Eindruck gehabt, daß Emil Strauß betrunken oder angeheitert war. — Emil Strauß behauptet, daß der Zeuge aus tiefem Haß eine Darstellung gegeben habe, die von der Wahrheit stark abweiche. Als er gefesselt und völlig wehrlos zur Vernehmung vorgeführt wurde, habe ihn der Zeuge bestig ins Auge geschlagen. Er fühle dem Zeugen nach, daß er durch den Verlust seines Auges aufgebracht gegen ihn sein mußte. — Auf Vorhalt des Rechtsanwalts Dr. Löwenthal in gibt der Zeuge unumwunden zu, daß er in seiner furchtbaren Erregung dem Angeklagten einen Schlag ins Gesicht gegeben habe.

Die Schwester der Angeklagten Behrendt, Arbeiterin Gertrud Priegnitz sagt auf Befragen des Rechtsanwalts Eisenstaedt aus, daß Emil Strauß den Eindruck eines

vertrauenswürdigen Kavalliers

gemacht habe. Die Zeugin ist bei der Schießerei beinahe selbst verwundet worden: eine Kugel ist ihr dicht am Körper durch die vom Arm gebildete Lücke hindurchgegangen.

Kriminalkommissar Dr. Annuschka hat bei seinen Untersuchungen in der Behrendtschen Wohnung nach der Tat 17 Hülsen von Patronen zweier verschiedener Systeme vorgefunden. Spuren des Feuerkampfes haben sich an den verschiedensten Stellen gezeigt, es habe sich nicht feststellen lassen, welche Schußspuren auf Schüsse aus den Dienstwaffen zurückzuführen seien. Alle Zeugen sagen übereinstimmend aus, daß Emil Strauß einen sehr anständigen, gebildeten Eindruck gemacht habe.

Nach Vernehmung des Zeugen Kreuz, der bei Frau Behmann gewohnt hat und über die näheren Umstände, unter denen nachts um 12 Uhr die beiden Brüder Strauß bei der Angeklagten Behmann aufgenommen wurden, wird der Kriminaloberwachmeister Dettmann vernommen. Er hat die beiden Strauß bei Frau Behmann verhaftet. Er klopfte an die Tür, und da diese nicht geöffnet wurde, drohte er, die Tür zu sprengen, worauf von drinnen die Stimme erscholl: „Rehmt die Frau weg.“

Pardon wird nicht gegeben!

Bald darauf drohten die Beamten, eventuell Handgranaten zu werfen, und nun wurde von drinnen geantwortet: „Wenn uns nichts passiert, kommen wir heraus.“ Dann tat sich die Tür auf und Erich Strauß kam mit hochgehobenen Händen bei seinem Bruder im Zimmer. Beide saßen sich ruhig festzunehmen. — Auf die Frage des Rechtsanwalts Dr. Löwenthal, was er von dem Charakter des Emil Strauß halte, erklärt Zeuge, daß die Brüder Strauß ihm

die sympathischsten Verbrecher

seien, die ihm je vorgekommen seien. Wegen ihre Zunftgenossen seien sie auch wohlwärtig, und bei Sammlungen für diejenigen, die gerade „Ansch schieden“, hätten sie oft Hunderte gegeben, wenn sie sie gerade hätten. Die Gefängnisbeamten hätten ihm auf Befragen nach dem Verhalten der beiden Brüder geantwortet: „Wenn wir nur lauter Straußens hätten, dann hätten wir Ruhe.“ — Vorj: Die Leute in Raugard sind doch wohl anderer Ansicht. — Dem Zeugen ist von Gewalttätigkeiten des Emil Strauß nichts bekannt. Emil Strauß hat ihm später erzählt, daß er nicht die Absicht gehabt hat, die Beamten zu erschließen, er habe sich vielmehr selbst erschließen wollen; wenn die Beamten aufgepaßt und ihm nicht zuviel Spielraum gelassen hätten, wäre er gar nicht zur Pistole gekommen. Er habe ihn auch unter Tränen gebeten, zur Frau Erdmann zu gehen und ihr zu sagen, daß er ihren Mann nicht habe erschließen wollen; wenn er aus dem Gefängnis komme, wolle er für die Frau immer arbeiten. — Auf eine Anregung des Rechtsanwalts Löwenthal bemerkt Zeuge noch, daß Emil Strauß Englisch gelernt, Stenographie betrieben und sich

mit Mathematik beschäftigt habe.

Die Gedichte des Emil seien direkt klassisch und könnten ebenso gut von Schiller sein. (Heiterkeit.)

Die Verhandlung wird hierauf auf Freitag 9 Uhr vertagt.

Jugendveranstaltungen.

Heute, 21. Januar:

Korb-Ork: Kule, Schule Polsterstraße. Vortrag: „Erziehungstragen“. — Kassenhalter Vorhalt: Schule Streifher Str. 45/46. Vortrag: „Entstehung des Proletariats“.

Briefkasten der Redaktion.

§. 112. Städtisches Berufsamt (Beratung für Jugendliche), Orenienburger Str. 54 (9-2). — §. 113. Unterer Wissens ist nach den „theoretischen“ Prüfungen eine „praktische“ Prüfung nicht mehr erforderlich. Bei ihrer Ausbildung werden Sie ja auch das nötige praktische Können erworben haben. Nähere Auskunft wäre wohl beim Gewerbeamt, Straßmannstr. 6 zu erhalten. — §. 114. 1000. Für Hochbeamten sind die Ausfahrten jetzt günstig. Nach acht Jahren Probezeit (gegen Gehalt) erfolgt Einstellung als Zeigegewerkschaftsmitglied. Dann rund 12 000 M. Gehalt (einmal Ortsgeld und Teuerungszulage nach den jetzigen Festsetzungen). Außerdem in höhere Stellen möglich, wenn die dazu erforderlichen Examina gemacht werden. — §. 115. 100. Uns nicht bekannt. Es kommt darauf aber auch gar nicht an. Wenn Jemand der Betrag zu hoch erscheint, so müssen Sie das Kind andersweit unterbringen. — §. 116. 77. Ja. — §. 117. 1. Ja. 2. Der Austritt muß beim Austritt erklärt werden. Die Austrittsversicherung kann aber auch in schriftlich bestätigter Form eingezahlt werden. — 101. 1. Ja, sofern es bis hauptbestimmten Vorschriften nicht gezeigt werden. 2. Der Unterhalt ist bis zum Austritt der Gewerkschaften des Kindes zu gewähren. Ihre Frau ist verpflichtet, einen Beitrag zu den Unversicherungsbeiträgen zu leisten. Über die Höhe müssen Sie sich mit der zuständigen Gewerkschaft besprechen. 3. Nein. — §. 118. 1. Nein. 2. Ja. Sie die Beiträge zurück. 3. Bis 31. 12. 1920. — §. 119. 1. L. 1. L. 2. L. 3. — §. 120. Bis 31. 12. 1920. 2. Das Gesetz ist am 1. April 1920 in Kraft getreten. 3. Heilbehandlung wird nur gewährt, wenn der Anspruch auf Rente anerkannt worden ist.

LECIFERRIN schafft neue Kräfte, neues gesundes Blut, neue Nervenkräfte, neue Lebenslust.

Für Geschwächte, Nervöse, Erschöpfte; sehr wohlschmeckend und gut bekömmlich. — In Apotheken erhältlich.

Die gute **MASSARY** Zigarette

KON LINON

In aller Munde!

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus
Madame Butterfly
7 Uhr

Schauspielhaus
Torquato Tasso
7 Uhr

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
6 1/2 Uhr: Nach Damaskus 2. u. 3. Teil.

Lessing-Theater
7 Uhr: Peer Gynt
Sonabend bis Montag 7 1/2 Uhr: Flamme

Deutsches Theater
8 Uhr: Cäsar und Kleopatra
Sonab. 7. Neueinstudierung: Kabale und Liebe.

Kammerspiele
Zum 1. Male
7 Uhr: Der pathetische Hut
Sbd. 7 1/2 Uhr: Florindo. Hierauf: Der Abenteurer und die Sängerin

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsreise
mit Max Adalbert und Trude Heisterberg
Sonabend 3 Uhr:
Kinder- **Pitzilfritz**
Vorstellung:

Gr. Schauspielhaus
(Karlstadt)
7: Florian Geyer (20. Abt. 3. Ab.)
Sbd. 7: Flor. Geyer (ausl. Abon.)

Theater L. d.
Königgrätzer Str.
Salome
Täglich 8 Uhr
(Orska, Hartau, Lichtenstein, Vond, Dornburg.)
Sonntag nachm.: Rausch
Nächsten Mittw. zum 1. Male:

Trianon-Theater
Zum 1. Male:
Das Wundermittel
Komödie von Ludwig Fulda
Käthe Haack, Julius Falkenstein, Paul Morgan, Kurt von Möllendorff, Luisa Werckmeister, Alfred Haase

Jekaterina Iwanowa
Drama von Leonid Andrejew
(Lucie Höflich, Paul Bildt, Dornburg, Pröckl, Römer, Schlegel, Marba, Lehndorf)

Komödienhaus
Täglich 7 1/2 Uhr: Die Sache mit Lola
mit Max Pallenberg
Jos. Dora u. G., Ort. Wagner, Ficht, Hassel, Sted, Kiper
Sonnt. nachm.: Herr Minister

Residenz-Theater
Täglich 7 Uhr:
Lady Windermere's Fächer
Arnoldi, Sandrock, Toelle, Kerst, Paul Otto, Mamekok
Sonabend 4. kleine Preise:
Aschenbrödel
Sonntag 4 Uhr: Die Freundin

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Die spanische Nachtigall
Operette von Leo Fall mit

Fritzi Massary
Hans Wassmann, Emmy Sturm, Julius Brandt, Reinhold Pasch, Olga Engl
Stg. 3 Uhr: Der letzte Walzer.

Kleines Theater
Unter den Linden 44.
Täglich 8 Uhr:
Casanovas Sohn
Lustspiel von Rudolf Lothar.
Engen Burg, Marg. Christiana, Hans Albers, Heinz. Schroth.
Morgen u. folg. Tage 8 Uhr:
Casanovas Sohn

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Fran Bärbel (Operette)
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Oberon
Friedr. Wilhelmst. Th.
7 1/2 Uhr: Hobeit die Tänzerin
Kleines Theater
8 Uhr: Casanovas Sohn
Kl. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Reigen
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Baroneschen Sarah
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Arnold Rieck in Die schwedische Jungfrau
Metropol-Theater
7 Uhr: Hollandwölchchen
Neues Operettentheater
7 1/2 Uhr: Yu-Shi tanzt
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Beaumarchais u. Sonnenfels
Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 Uhr: Die gutgeschnittene Ecke
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Mascottchen
Tham. Nollendorfplatz
7 Uhr: Wenn Liebe erwacht
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Der ersten Liebe gold. Zeit
Sbd. 7 1/2 Uhr: Gänsefisch
Th. l. d. Kommandantenstr.
7 1/2 Uhr: Der verjüngte Adolar
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Der Gelber von Lugano

Rose-Theater
1 1/2 Uhr: Johannisfeuer

Folies Caprice
Am Oranienburger Tor
Täglich 7 1/2 Uhr:
Pfeffer und Salz
Der schlaue Theophil
Der Doppelgänger
Telephon: Norden 8650

Circus Busch
Tägl. 7 U., Sonnt. auch 3 U.
Hans Stösch-Sarrasani's
Zirk.-Progr. Fig. Mensch.,
Ersblären, Löwen usw.
Ulrich Tramm (Traumland)
Vorverk. Tlets u. Circus

Passage-Theater
Unter den Linden 22/23
Dir. M. Soffman.
2 Uraufführungen 2
Die Höllenmaschine
Sensationelles Abenteuer
des Meisterdetektivs
Harry Hill
In der Hauptrolle:
Marga Lindt-Valyhnheim

Königstadt-Theater
Bahnhof Jannowitzbrücke
Tägl. 7.30 Gala-Sänger
im Ballon T. A. N. 2

Der Mormonenonkel
Schpiel in 2 Akten.
In den Hauptrollen
bekannte Künstler

Moritzplatz
Oranienstraße 53/54
Täglich 8 Uhr:
Elite-Programm

Reichshall-Theater
Abds. 7 1/2 U. u. Sonnt.
nachm. 3 Uhr:
Stettiner Sänger
Nehm. halb. Pr.)

SCALA
Lützowstraße
Die VARIÉTÉ-BÜHNE
730

Theater am Kottbus. Tor
Kottbuser Str. 6
Tägl. 7 1/2 u. Sonntag
nachm. 3 Uhr
Elite-Sänger
Zum Schluss:
„Tannhäuser“
(Parodie)
Nachm. halb. Preise
Vorv. 11-1 1/2 u. + 6.

Concordia-Palast-Theater
64 Andreestraße 64
Filmdau:
Whitechapel
Bühnenstück:
Die großen
Variété-Situationen
A. Böwer, Otto Nikita,
Rubin, J. Chaverist

Neue Welt
Arnold Scholz
Hasenheide 108-114
Täglich
Bayer. Bierfest
Jeden Dienstag, Mitt-
woch, Donnerstag,
Sonabend, Sonntag:
Großer Alpenball
Anfang 6 Uhr
Fünf Kapellen
30 bayer. Mad'!

BILD
Potsdamer Str. 38
Anna Boleyn
mit
Henny Porten
Emil Jannings
Tarnstr. 12
Die Lieblingsfrau
des Maharadscha
I. Teil
II. u. III. Teil demnächst
Alexanderpl.-Pass.
Madame Reclamier
Priedemann, Kleinstr. 14
George Bully

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr: Die roten Schuhe
Morg. 7 1/2 Uhr: Die roten Schuhe

Anna Boleyn
mit
Henny Porten
Emil Jannings
Tarnstr. 12
Die Lieblingsfrau
des Maharadscha
I. Teil
II. u. III. Teil demnächst
Alexanderpl.-Pass.
Madame Reclamier
Priedemann, Kleinstr. 14
George Bully

**Post-
versand: Frisch ab Fabrik!**
Jeder Hausstand
der Sorgen enthaben!

Haferflocken frisch von der Mühle, erstklassige Qualität für Kinder, Kranke und Gesunde, entbittert, entspeizt, süß wie Nudl, von feinem, bisquitartigem Wohlgeschmack. Einzig wirks. bei Unterernährg.

Backmehl oder Grieß schneeweiß, entkeimt und entbittert; für nahrhafte Suppen und Puddings hervorragend bewährt, ebenso für Backzwecke, Kuchen u. Torten.

Kombiniert. Postkoll = 10 Pfd. brutto zur Hälfte Haferflocken (Nachnahme M. 36.-- zur Hälfte Backmehl) bei (Voreinsend. M. 34.50 oder Grieß) franko, inklusive Verpackung

Nahrungsmittel-Bezugs-Gesellschaft m. b. H.
Schwarzenbek 1. Lbg.
Postcheckkonto Hamburg Nr. 45197

Keine Frau sollte versäumen, ausführl. Prospekt über hygien. Artikel kostenfrei einzufordern. Auf Wunsch sachgem. Beratung.
181/15
Frau B. Koopmann, Berlin 217, Potsdamer Str. 101.

KVG Kleiderverwertungs-Gesellschaft. Kommandantenstr. 80-81
Filiale: Berlin O, Warschauer Strasse, Ecke Memeler Strasse
Geöffnet 9 bis 6 Uhr.

Billige Kleidung

Herren-Jackets wiederhergest. 25 ⁰⁰	Damen-Mäntel gute Verarbeit. 48 ⁰⁰
Herren-Westen wiederhergest. 8 ⁰⁰	Damen-Blusen gute Verarbeit. 19 ⁰⁰
Herren-Anzüge 85 ⁰⁰ von 85 ⁰⁰ an	Damen-Kleider gute Verarbeit. 78 ⁰⁰
Reinwoll. Cheviot-Jackets 95 ⁰⁰	Damen-Jackenkleder g. Verarb. 60 ⁰⁰
Herren-Ülster gute Arbeit 175 ⁰⁰	Kleiderröcke schwere Stoffe, v. 23 ⁰⁰ an
Herren-Hosen 90., 78., 60., 35 ⁰⁰	Woll. Damenwesten m. Aerm. 28.50 an
Herren-Stiefel neu, mit Leder- 48 ⁰⁰	Damen-Strümpfe 10.50, 8.50, 7 ²⁵
Gewasch. Dreifhosen 3 ⁵⁰ an	Herren-Socken 10.50, 8.50, 3 ⁵⁰
Jünglings-Paletots 80 ⁰⁰ an	Handschuhe für Damen u. Herren 5 ⁵⁰
Herren-Hemden 34 ⁰⁰	Damen-Hemden 24 ⁰⁰
Dam.-Hemden 24 ⁰⁰	Kind.-Hemden 1 ⁹⁰ an
Hemdentücher Meter 7 ⁵⁰ 11 ⁵⁰ 12 ⁵⁵ 14 ⁵⁰	Gardinen-Stoffe 90 cm breit . . . Meter 7 ⁵⁰ an
Hemden - Flanelle Meter 10 ⁵⁰ 13 ⁷⁵ 14 ⁷⁵	Futterstoffe 140 cm breit Meter 12 ⁵⁰ an
Hessel für London, Meter 9 ⁵⁰ 10 ⁵⁰ 12 ⁵⁰	Taschentücher Stück 1 ⁷⁰ bis 2 ¹⁰
Hessel in Doppelbreite, 300 cm, Meter 12 ⁵⁰	Kleiderstoffe Doppelbreite, Meter 16 ⁵⁰ u. 23 ⁷⁵

Schuhe und Stiefel zu sehr billigen Preisen!

Entfettungs-Tabletten
Wasser: „Sibaja“
das erfolgreichste und unschädlichste Mittel gegen Fettleber.
Ohne Diätzwang.
Gewichtsabnahme bei unangelegnetem Wohlbehinden.
Pelikan-Apothek., Berlin, Leipzigerstr. 93
an der Charlottenstr.

Nach besonderer
Inventur
sanz bedeutend
herabgesetzte
Preise

Möbel

Speisezimmer / Herrenzimmer
Schlafzimmer / Farb. Küchen
Einzel-Möbel / Polsterwaren

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

B. FEDER

Norden: Brunnenstrasse 1
Osten: Frankfurter Allee 350
Süden: Hoffbuser Damm 103
Westen: Charlottenburg, Scharrenst. 5
Auf Wunsch Zahlungserleichterung!

Brillanten „Veritas“
Jägerstr. 10.

Berliner Genossenschaftsbäckerei
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Wtrwa.	
1. Ruffo-Ronto . . .	14 555,50
2. Effelen-Ronto . .	770,-
3. Band-Ronto . . .	26 465,92
4. Peteligg-Ronto . .	1 500,-
5. Einricht-Ronto . .	1,-
6. Gelpann-Ronto . .	1,-
7. Waren-Ronto . . .	71 326,40
8. Gelpannaufofen-Ronto	1 112,-
9. Peteliggaufofen-Ronto	2 058,-
10. Rautions-Ronto . .	1 610,-
	119 240,15
Deffwa.	
1. Ronto der Genossen	900,-
2. Ronto pro Dierche	19 223,50
3. Zahn-Ronto	8 184,-
4. Dazlehen-Ronto . .	62 100,-
5. Beferehans-Ronto . .	350,-
6. Unfahrer-Ronto . .	29 265,-
7. Gem.-u. Berl.-Ront. alter Salbe 1746,93	
neuer	8110,72
	4 857,65
	119 240,15

Dr. med. Grütering
Haut-, Horn-, Geschlechtsleid., b. Männ. u. Frauen, Blutunters., Invalidenstraße 35, Ecke Chausseestr., Stett. Bst. Spr. wochentäglich 11-1, 1/2-1/2.

Stellenangebote
Züchtiger, junger Mann,
Spezialist auf Schäufle und Stangen, per sofort gesucht. Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigk. unter N. 17 an die Hauptredaktion des „Vorwärts“.

Anlegerin
für Buch- und Steinbrud verlangt durch Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Rüderte. 9 (8-9).

Kartonnierinnen
für Herrenhemden und Kragen, Damenblusen verlangen sofort S. Blumenthal & Sohn G. m. b. H. 25-11 Doppelstr. 78/79.

Kohnen & Jöring
Alexanderstraße 12
Rosenthaler Str. 53

Noch ist es Zeit billig einzukaufen!

Kohnen & Jöring
Landsberger Allee 148
Neukölln, Bergstr. 61

Jedermann komme zu unserem **Inventur-Ausverkauf**, wo wir außergewöhnlich große Vorteile bieten! **Volkskleidung**, als täglicher Bedarfsartikel, muß billig sein

Trotz unserer bekannt billigen Preise geben wir auf alle Waren 10% Nachlaß, einzelne Warenbestände sind bis zur Hälfte = 50% = im Preise herabgesetzt

Einige Beispiele: Herren-Anzüge 550.—, 375.—, 190.— M. × Knaben-, Burschen-Anzüge 450.—, 157.—, 44.— M. × Hosen 190.—, 98.—, 39.— M. × Ulster-Mäntel 575.—, 350.—, 150.— M. Lodenjoppen 198.—, 78.— M. × Socken 5.90 M. × Socken Rein Wolle 11.50 M. × Unterhosen 13.50 M. × Unterhemden 26.— M. × Barchand-Hemden 27.— M. Arbeitskleidung × ca. 1000 Paar Kinder-Turnschuhe 11.50 M. × Sportmütze 5.75 M. × Blaue Arbeitsjacken 29.— M. × Hosen 21.— M. und viele andere Artikel × Berufskleidung

In der gestrigen Reichstagsitzung begann die erste Lesung des Gesetzentwurfes über eine weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts (Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten). Abg. Pfeiffer (Kom.) kritisiert die Vorlage, beschimpft die Gewerkschaften und ruft die Beamten zum Kampf gegen Regierung und Reichstag auf. Abg. Breunig (U. Soz.) erklärt für seine Fraktion, juristisch von weiteren Forderungen abzusehen. Damit ist die erste Lesung beendet.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung des unabhängigen Antrages über Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern.

Abg. Spahn (Ztr.) erklärt, daß er für seine Partei dem unabhängigen Antrag nicht zustimmen könne. Abg. Thomas (Kom.) weist darauf hin, daß in Bayern Räder und Häuber frei herumlaufen, während Politiker zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt würden. Die Volksgerichte seien nicht volksfreundlich, sondern volksgefährlich. Die Zensur unterdrücke Briefe an Reichstagsabgeordnete.

Abg. Simon (Soz.): Dem Kollegen Spahn gegenüber stelle ich fest, daß das Ministerium Hof, man sich darin einig war, der Belagerungszustand sei sofort aufzuheben, sobald wieder Ruhe eingetreten sei. Ausnahmezustände können zu Zeiten notwendig werden, dürfen aber

niemals Dauerzustände

werden. Bayern hat damals das Recht des Reichspräsidenten, den Belagerungszustand aufzuheben, ausdrücklich anerkannt. Herr Strathmann glaubte wohl gestern, sich hier in einem Theater zu befinden. Was soll man auch zu einem Politiker sagen, der gemeinen Meuchelmord nicht vor dem politischen Attentat eines Adlers unterscheiden kann. Ein so berüchtigter Hezer wie er darf sich nicht über kommunistische Hege beklagen. Er ist doch erledigt, seitdem er die bewusste Verbreitung schmutziger Verleumdungen gegen die sozialdemokratische Bewegung in dieser wilde bayerische Partikularität ist ein guter Preuße, der seit einigen Jahren in Erlangen als Professor doziert. Solche Urbarren sollten uns doch mit ihren Belehrungen verschonen. Dem Kollegen Emminger sollte das ungeheure Material an Rechtsbrüchen und Schikanen doch genügen, um das Unhaltbare dieses Zustandes einzusehen. Emminger hat wohl recht, daß die Ergebnisse zur Rätezeit nicht angenehm waren. Aber die Dinge während des Krieges sind doch zumindestens ähnlich gewesen. Die Mehrheitssozialisten haben im Katerkarneval alles getan, was möglich war, als es galt, seinen Wram zu stellen. Dagegen verfahren die um Emminger wie bei der Revolution sich im Laufloch und waren erst da, als die Reichswehr einrückte. In dem Zuge nach rechts in Bayern tragen die Kommunisten die Schuld, und die Folge der Rätezeit ist die Regierung Ruhr.

Die Verantwortung für die Zwischenfälle in Regensburg und Augsburg trägt nur der Ausnahmezustand, der es ermöglichte, daß die Sicherheitspolizei die Straßen versperrte und so die Arbeiterschaft zum Zusammenstoß trieb. Durch den Ausnahmezustand wird nur

Wasser auf die Mühle der Kommunisten

getrieben. Jetzt haben wir die Möglichkeit, das Unrecht an der bayerischen Arbeiterschaft gut zu machen, das diese schon so lange erduldet.

Abg. Unterleitner (U. Soz.) weist darauf hin, daß die Aufhebung des Ausnahmezustandes eine Forderung auch der bürgerlichen Demokratie sein müßte. Die bayerische Regierung habe die Notwendigkeit des Ausnahmezustandes durch Lüge und Schwindel begründet. Die bayerischen Staatskommissare herrschen unumschränkt und setzen sich über alle Bestimmungen der Verfassung hinweg, sie sind für Bayern das, was die Oberkommandierenden während des Krieges waren. Studenten, ehemalige Offiziere und Hochschullehrer dürfen unbehindert Demonstrationen veranstalten, wenn es gilt, ein richterliches Urteil, das gegen einen der ihren in Schwere ist, zu beeinflussen und patriotisch-monarchistische Ansprachen halten. Wer von uns nach Bayern kommt, um zu sprechen, muß sich vorher in eine Lebensversicherung einschreiben lassen, wenn er nicht ganz im Sinne der Antifemiten und Reaktionäre

spricht. Mich selbst haben Studenten mit Loischlag bedroht. Den Bucherbeamten werden von den Bauern die größten Schlächten geliefert. Das ist die Sicherheit in Bayern unter dem Ausnahmezustand.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Simon (Soz.) und Emminger (Bayr. Sp.), in denen sich Eminger gegen den Vorwurf, am Revolutionstage sich versteckt zu haben, verteidigt, findet die Abstimmung über den Antrag Uderhold (U. Soz.) statt, der die Regierung ersucht, die Aufhebung der von der bayerischen Regierung getroffenen Maßnahmen zu bewirken. Die Abstimmung ist auf Antrag Ledebour (U. Soz.) eine namentliche.

Während der Abstimmung erscheint der Reichskanzler Fehrenbach. Der Antrag der Unabhängigen wird mit 181 Stimmen gegen 124 abgelehnt.

Es folgt die zweite Lesung der Vorlage über die Teuerungszuschläge der Beamten.

Danach sollen die Teuerungszuschläge zum Grundgehalt und zum Ortszuschlag mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab folgendermaßen festgesetzt werden: Für die Orte der Ortsklasse A auf 70 Prozent, der Ortsklasse B auf 67 Prozent, der Ortsklasse C auf 65 Prozent, der Ortsklasse D auf 60 Prozent, und der Ortsklasse E auf 55 Prozent.

Abg. Breunig (U. Soz.) erklärt der Regierungsvorlage zuzustimmen, und um keine Gelegenheit vorbeigehen zu lassen, den Beamten zu helfen, auch dem kommunistischen Antrage zustimmen zu wollen. — Das Haus vertagt sich auf Freitag 1 Uhr: Anfragen, kommunistische Interpellation über die Annehmlichkeiten, kommunistisch-unabhängige Interpellation über Hensburg, Reichshaushalt. Schluß: 1/2 Uhr.

Die neuen Steuern.

Der Hauptansatz des Reichstages beschäftigte sich Donnerstag mit den Teuerungszulagen zu den Beamtengehältern. Die Regierung erklärt dazu, daß die allgemein herrschenden Teuerungverhältnisse eine weitere Erhöhung der Teuerungszuschläge geboten erscheinen lassen. Mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Verhältnisse an den einzelnen Orten des Reichs wird vorgeschlagen, den Teuerungszuschlag zum Grundgehalt und zum Ortszuschlag nach Ortsklassen abzuschieben. Einküchlich der Auswirkungen, die sich daraus für Rentniäre, Angestellte, Reichsarbeiter usw. ergeben, wird einfaß der Angaben für Post und Eisenbahnen wird die dem Reich erwachsende Mehrausgabe auf 3200 Mill. M. jährlich zu schätzen sein. Zur Deckung dieser Summe reichen die ordentlichen Einnahmen des Reiches nicht aus, es müssen daher durch Erhöhung bestehender und Einführung neuer Steuern aus den sowie durch sonstige Einnahmen (Erhöhung der Post- und Eisenbahntarife) unbedingt die erforderlichen Geldmittel beschafft werden.

Die A u s p r a c h e befaßt sich eingehend mit dem Konflikt, der am Mittwoch zwischen Reichsrat und Reichsfinanzminister in die Erscheinung trat. — Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Die Reichsregierung ist nicht in der Lage, der vom Reichsrat beschlossenen Forderung des Entwurfs zuzustimmen. Ich erachte es aber nicht für angehängig, die Verpflichtungen zum Ertrag der Rekrutierungen von Ländern und Gemeinden im Geleg selbst festzusetzen; denn die Länder werden daraus für alle Zukunft eine Berechtigung herleiten, vom Reich Ertrag zu verlangen, wenn sie durch irgendwelche Maßnahmen des Reiches zu Ausgaben veranlaßt werden oder veranlaßt werden zu sein glauben. Ebenso lehne ich es ab, auch die etwa den Gemeinden entstehenden Mehrkosten auf Reichsmittel zu über-

Der Ausschuh des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte in seiner Dezembertagung zur Prüfung der zahlreich vorliegenden Vorschläge betr. die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft einen Unterausschuh eingesetzt, der seine Arbeiten in mehreren Sitzungen erledigte und auf der am 20. Januar geschlossenen Tagung des Gewerkschaftsausschusses Bericht erstattete. Er unterbreitete ein aus 20 Vorschlägen bestehendes Sozialisierungsprogramm, das sich im wesentlichen an den Vorschlag Ledebour-Hilferding der Sozialisierungskommission anlehnt, ihn aber in einigen Punkten modifiziert, ferner eine Entschlieung, die den Inhalt der Leitfäge in gedrängter Kürze wiedergibt und sich gegen die von der Reichsregierung beliebte Behandlung der Kohlensozialisierung wendet, sowie endlich eine Protesterklärung gegen die Absicht des Reichswirtschaftsministers, die Sozialisierungskommission zu beseitigen. Sämtliche Vorlagen wurden vom Bundesausschuh einstimmig angenommen. Wir sind in der Lage, den Inhalt der Entschlieung und der Protestklärung des Bundesausschusses der Gewerkschaften schon heute im vollen Wortlaut mitteilen zu können.

Die im Ausschuh des A.D.G.B. vertretenen Vorstände der deutschen Gewerkschaften fordern von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Mit Befremden müssen die Gewerkschaftsvorstände feststellen, daß die Reichsregierung die den Gewerkschaften am 20. März 1920 gegebene Zusage der sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige ebensowenig erfüllt hat, wie das den Bergarbeitern anlässlich der Durchführung des Spaltemens gemachte Versprechen, den Kohlenbergbau gemeinschaftlich zu organisieren. Auch die Regierungserklärungen vom 5. August, vom 22. September und vom 8. Oktober 1920 sind bisher uneingelöst geblieben. Anstatt den gelegenden Körperlichkeiten einen Gesetzentwurf zur beschleunigten Erledigung zu unterbreiten, verführt die Reichsregierung die Zeit damit, den vorläufigen Reichswirtschaftsrat mit der Begutachtung von Gutachten der Sozialisierungskommission zu beschäftigen, um eine wirkliche Sozialisierung zu verschleppen oder gänzlich zu verhindern. Die Gewerkschaftsvorstände erklären, daß kein irgendwie geartetes Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrats die Reichsregierung von der Erfüllung ihrer gegenüber der Arbeiterschaft eingegangenen Verpflichtungen entbinden kann.

Die Gewerkschaften können eine

Sozialisierung der Kohlenwirtschaft nur von einem Gesetz erwarten, das folgenden Bedingungen entspricht:

1. Alle Erdschätze gehören der Nation.
2. Die Ausbeutung der Kohlenvorkommen wird den bisherigen Besitzern gänzlich entzogen und gemeinschaftlich organisiert.
3. Das gesamte Eigentum an Bergwerken und zugehörigen Anlagen wird gegen Entschädigung der Besitzer auf einen Gemeinwirtschaftskörper übertragen.
4. Die Kohlenbewirtschaftung soll einheitlich für das ganze Reich geregelt werden, ohne den Bezirken die wirtschaftliche Bewe-

nehmen. Abg. Bursage stimmt dem Finanzminister zu. — Nach weiterer Aussprache nimmt der Hauptansatz den Gesetzentwurf an, wodurch die Teuerungszuschläge zum Grundgehalt und zum Ortszuschlag mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab folgendermaßen festgesetzt werden: für die Orte der Ortsklasse A auf 70 Proz., B 67, C 65, D 60 und E 55 Proz. — Die vom Reichsrat dem Gesetzentwurf hinzugefügte Bestimmung, den Ländern an dem Ertrage neu einzuführender Steuern Anteile zu gewähren, wird bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen abgelehnt. Ein Antrag Velius-Baunide, das Ortsklassengebiet mit größter Vereinfachung vorzugeben und Orte mit gleichen Teuerungserhältnissen in die gleiche Klasse einzureihen, wird vom Hauptauschuh angenommen. — Weiterberatung Freitag.

Rote Werbe-Woche.

Die nächste Woche soll eine Werbe-Woche für die Partei und ihre Presse werden. Die Parteigenossen rufen bereits eifrig für diese wichtige Vorarbeit zu den Wahlen. Allen aber, die bisher von den Vorbereitungen nichts erfahren, geben wir auf diesem Wege davon Kenntnis. Es werden alle zur Hilfeleistung gebeten. Niemand darf sich ausschließen. Jeder werde sich sofort bei seinem Gruppenleiter, damit die „Rote Woche“ werde zu einem großen

Erfolg der Sozialdemokratie!

Das sabotierte Reichsnotopfer.

Der Steuerausichuh des Reichstages beschäftigte sich Donnerstag mit den Bewertungszulagen für die Veranlagung der Grundstücke usw. zum Reichsnotopfer. Abg. Dr. Hefferich (Dnt.): Die vom Reichsfinanzministerium erlassenen Bewertungszulagen stehen zu den abgegebenen Regierungserklärungen und zur Befreiung im Widerspruch. — Abg. Dr. Blund (Dem.): Als Ertragsteuern gilt allgemein das Wafache des Reinertrages, bei Grundstücken das Bodende. — In der weiteren Aussprache spricht sich Abg. Herold (Z.) dafür aus, daß nicht der Ertrag von fünf unnormalen Kriegsjahren für eine dauernde steuerliche Bewertung der landwirtschaftlichen Grundstücke maßgebend sein soll. — Abg. Reil (Soz.) unterstützt die Auffassung Blunds. Bei den Anträgen der bürgerlichen Parteien handelt es sich um eine Fortsetzung ihrer Bestrebungen auf Abbau des Reichsnotopfers. Die Landwirtschaft soll nicht härter beunruhigt werden, aber anderen Ständen gegenüber auch nicht begünstigt werden. Wenn man einen ecklichen Durchschnitt des Ertragswertes der Landwirtschaft erzielen will, so muß man den Vorklären der Regierung folgen. Meine Partei macht keinen Schritt mit, der zum Abbau der Besitzsteuer führen würde. — Ministerialdirektor v. Lohr: Bei der Aufstellung der Bewertungsnormen sind landwirtschaftliche Sachverständige zugezogen worden. Es ist nicht richtig, daß die Verhältnisse der Kriegszeit so sehr in Betracht gezogen wurden. — Weiterberatung Freitag.

Wirtschaft

Der deutsche Außenhandel nach dem Kriege. Ohne Außenhandel ist Deutschland existenzunfähig. Das hat nicht nur die Woche der 4 1/2 Kriegsjahre mit ihren furchtbaren Folgen für die Volkernährung und die industrielle Produktion gezeigt, auch die schweren wirtschaftlichen Erschütterungen nach dem Kriege gehen wesentlich daraus zurück, daß Deutschland nicht ge-

ungsfreiheit zu verkümmern. Die Betriebe sind zu wirtschaftlich vorteilhaften Betriebseinheiten zusammenzufassen.

5. Die Lohn- und Gehaltsregelung soll auf Grund von Reichstarifverträgen mit den Gewerkschaften vereinbart werden.

6. Den Arbeiter- und Angestelltenvertretungen ist ein Mitbestimmungsrecht in den Betrieben sowie in der Wirtschaftsführung zu sichern.

7. Die Preisregelung soll nach gefunden volkswirtschaftlichen Grundföhen unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen erfolgen, so daß eine allmähliche Ablösung der aus der Enteignung herrührenden Schuldverpflichtung, sowie Rücklagen für den notwendigen Ausbau der Kohलगewinnung sichergestellt werden.

Abzulehnen ist jede Lösung, die das Eigentumsrecht an den Kohlenbergwerken privatrechtlich erweitert oder zersplittert, anstatt es gemeinwirtschaftlich zusammenzufassen, oder die die Kohलगewinnung privatwirtschaftlicher Ausbeutung weiterhin überläßt.

Der Ausschuh des A.D.G.B. hat unter diesen Gesichtspunkten seine Leitfäge für die Sozialisierung des Kohlenbergbaues zusammengestellt und fordert alle Arbeiter und Angestellten auf, für dieses Programm in möglicher Geschlossenheit einzutreten.

Die deutschen Gewerkschaften sind entschlossen, die Durchführung dieser Forderung in der nachhaltigsten Weise zu unterstützen. Sie erwarten indes, daß die Reichsregierung es nicht zu solchen folgenschweren Konflikten kommen läßt, sondern eingehend ihrer Berkehrungen und des einmütigen Willens weitester Volksteile die Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur raschen Tat werden läßt.

Erklärung.

Der Reichswirtschaftsminister hat im Reichstag wiederholt den Gedanken erörtert, die Sozialisierungskommission aufzulösen und ihre Funktionen auf den Reichswirtschaftsrat zu übertragen.

Der Ausschuh des A.D.G.B. erachtet es gegenüber solchen Plänen für notwendig, daran zu erinnern, daß die Wiedererrichtung der Sozialisierungskommission erfolgt ist auf Grund der Vereinbarung vom 20. März 1920 zwischen der Reichsregierung und den Gewerkschaftsverbänden zum Zwecke der sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige. Die Kommission hat die Aufgaben der wissenschaftlichen Prüfung der Möglichkeiten, Wege und Ziele der Sozialisierung. Der Reichswirtschaftsrat kann diese Aufgaben infolge seiner Zusammenfassung nicht lösen, wie seine Behandlung der Frage der Kohlenwirtschaft zeigt. Die Sozialisierungskommission hat ihre Arbeiten auch bei weitem noch nicht erledigt, da sie Untersuchungen über den Kaliberbau, über das Bau- und Wohnungswesen, über die Eisenwirtschaft und über die Energiewirtschaft teils in Durchführung, teils vorbereitet hat. Die Reichsregierung selber hat über die Prüfung der Frage des Verkehrswezens übertragen. Unter diesen Umständen wäre die Auflösung der Sozialisierungskommission einer Sabotierung des in der Verfassung festgelegten Gedankens der Sozialisierung gleichzuachten.

Die Gewerkschaften legen gegen dieser Absichten des Reichswirtschaftsministeriums die entschiedenste Verwahrung ein und erklären, daß sie gewillt sind, eine solche Verletzung des Abkommens vom März 1920 mit aller Entschiedenheit abzuwehren.

nügend Rohstoffe und Lebensmittel einführen und zum Teil auch infolge des Kohlenmangels nicht genug Ware für die Ausfuhr erzeugen konnte, um die wirtschaftlichen Verhältnisse der Volkswirtschaft auch nur annähernd wieder herzustellen. Ueber die Entwicklung des deutschen Außenhandels nach dem Kriege sind bisher nur wenige Angaben veröffentlicht worden. Nach einer neuen amtlichen Zusammenstellung betrug der Außenhandel 1911—1913 und 1919 sowie Januar—Juni 1920:

Durchschnitt 1911—13	Rungen in 1000 Tonnen	
	Einfuhr	Ausfuhr
1919	70 689	68 183
Januar—Juni 1920	9 924	12 065
	8 408	18 018

Durchschnitt 1911—13	Werte in Millionen Mark			
	Einfuhr	Ausfuhr	Papier-	Gold-
1919	—	10 389	—	0 05*
Januar—Juni 1920	82 651	6 802*	9 974	2 078*
	60 000	4 188†	26 600	1 770†

* 1919: 1 Goldmark = 4,8 Papiermark.
† 1920: 1 Goldmark = 11,5 Papiermark.

Diese Ziffern sind zu einem wesentlichen Teile durch Schätzungen ermittelt. Das liegt an den Mängeln unserer Aus- und Einfuhrstatistik. In den Ausfuhrziffern der Reichsstatistik ist nämlich ein Teil derjenigen Waren enthalten, die auf Grund des Waffenstillstandes oder auf Grund der Wiedergutmachungspflichten erfolgt sind. Auch die Zahlen für die Einfuhrwerte dieser Statistik stimmen nicht genau; ist doch der Wert der eingeführten Waren für das letzte Jahr nur zu zwei Dritteln nach den Preisen von 1920 berechnet, während für den übrigen Teil noch die Einfuhrwerte auf Grund der niedrigeren Preise von 1919 ermittelt wurden. Man mußte also die Einfuhr tatsächlich als höher, die Ausfuhr als geringer annehmen. So ist die obige Tabelle entstanden. Sie ergibt, daß der deutsche Einfuhrüberschuh im ersten Halbjahr 1920 volle 35 Milliarden Papiermark betrug.

Der Abtransport der Kohlen aus dem Ruhrrevier geht noch immer nur schleppend vor sich. Die werktägliche Wagenstellung ging von 20 187 auf 19 404 Wagen zurück, während die Frachtlaster von 3368 auf 4661 Wagen stieg. Die Halbenbestände nahmen in der der letzten Woche von 908 475 auf 978 897 Tonnen zu.

Konzentration der Zündholzindustrie. Die Stahl u. Röhre A. G. in Kassel, die vor einiger Zeit die Zündholzfabrik Alten angekauft hatte, hat jetzt auch die Zündholzfabrik von Heinh u. Bilhof in Kroszig und die Zündholzfabrik Bad Schmiedeberg erworben. Sie ist, da sie auch in Kassel, Mainz, Koffheim, Thaus i. B. und Schweiningen Fabriken besitzt, das größte deutsche Zündholzunternehmen.

Die Deutsche Petroleum-A. G. stellt die Meldung in Abrede, daß sie und die Deutsche Bank an der Gründung einer Aktiengesellschaft zwecks Ausbeutung oder Verwertung von Polibaulenstriefer beteiligt ist. Es handelt sich, wie sie mitteilt, in Wödingen um eine Studiengesellschaft, der die beiden Unternehmen angehören.

Die Schulden der Welt. Eine Statistik der National City Bank enthält folgende Ziffern: Die Schulden aller Staaten der Welt betragen 300 Milliarden Golddollar gegen 212 Milliarden bei Unterzeichnung des Waffenstillstandes. Die Rückkehr des Friedens hat, so schreibt die „Federated Press“ somit keineswegs dem Anmachern der allgemeinen Schuldenlast und der Inflation Einhalt getan, denn betrug während des Krieges die jährliche Zunahme der Schulden 40 Milliarden Golddollar, so begiffert sie sich im ersten Jahre nach dem Waffenstillstand sogar auf 45 und in dem seitdem verfloßenen zweiten Jahr auf 42 Milliarden.

